



FORUM DEUTSCHSPRACHIGER ANARCHIST*INNEN [FDA-IFA]

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

Das FDA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern. Das FDA hat das Ziel, den Aufbau einer deutschsprachigen anarchistischen Föderation voranzutreiben.

KONTAKTE

Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen Kontakt: fdi-organisation@riseup.net www.fdi-ifa.org	Anarchistische Gruppe östliches Ruhrgebiet Kontakt: a_goer@riseup.net www.a-friehainrhr-blbbsport.de	Initiative Anarchistische Föderation Nord Kontakt: freivereinbarung@riseup.net www.ifa-blbbsport.org
Internationale der Anarchistischen Föderationen Kontakt: secretariat@of-fa.org www.of-fa.org	Anarchistisches Netzwerk Südwest* Kontakt: info@a-netz.org www.a-netz.org	Liberäres Bündnis Ludwigshafen (L.B.) Kontakt: lh-hoch_2@riseup.net www.lbh.pvtallhost.de
AG K.A.R.O Mainz Kontakt: askaro@riseup.net www.agkarl.blogsport.de	Libertäre Gruppe Heidelberg Kontakt: libertaryerupp-id@posteo.de www.anarchieheidelberg.blogsport.de	Libertäre Initiative Schleswig-Holstein Kontakt: nicodomyonade dresden.freizeit@riseup.net
A4-Druckerkollektiv (Zürich) Kontakt: info@adruck.ch www.adruck.ch	Libertäre Gruppe Karlsruhe Kontakt: ika@riseup.net www.ika.tumblr.com	AK Freizeit Kontakt: akfreizeit@riseup.net www.libertaires-netzwerk.org
Berlin Anarchistisches Radio Berlin Kontakt: aradio-berlin@riseup.net www.aradio.blogsport.de	Alerta Pforzheim Kontakt: alerta@kommunikationssystem.de www.alertapforzheim.blogsport.de	IK Dokumentation Kontakt: www.libertaires-netzwerk.org
Anarchistische Gruppe Neukölln Kontakt: agn-berlin@riseup.net www.anarchistischeinitiative-kblbbsport.de	Anarchistische Initiative Kontakt: anarchistische-initiative@web.de www.anarchistische-initiative-kblbbsport.de	Schwarz-rote Bergsteiger*innen: Kontakt: dkfreiheit@riseup.net www.libertaires-netzwerk.org
Anarchistisches Netzwerk Tübingen Kontakt: anarchistisches-netzwerk-fdriseup.net www.kant.blogsport.de	Kaiserslautern Kusel Kontakt: anarchistischeinitiative@web.de www.anarchistischeinitiative-kblbbsport.de	ASJ Bonn Kontakt: ashjbonn@riseup.net www.asjbonn.blogsport.de
Anarchistisches Netzwerk Leipzig Kontakt: asj-leipzig@riseup.net www.asjblbbsport.de	Gruppe X Berlin Kontakt: albx@riseup.net www.kant.blogsport.de	ASJ Leipzig Kontakt: asj-leipzig@riseup.net www.asjblbbsport.de

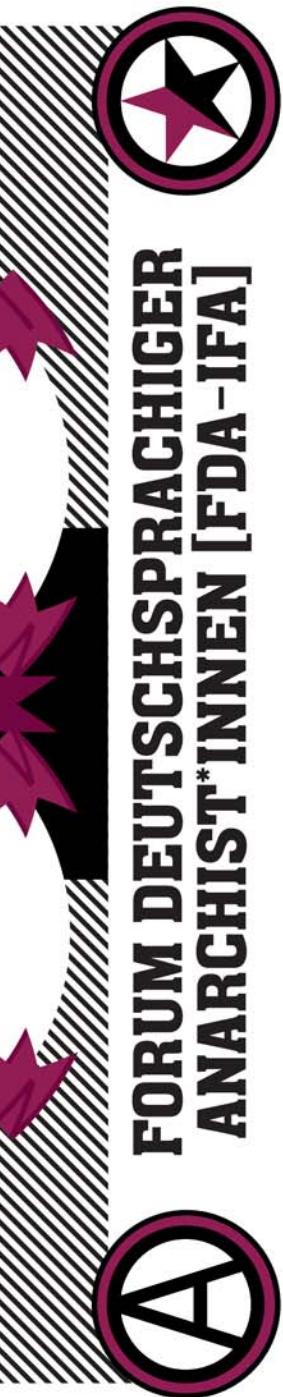
GÄTDAO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION

N°42 - 06.2014

{Ex*}
Einen anderen

Weg gehen...



IN DIESER AUSGABE

Texte zur Zapatismus-Debatte, einem Hausprojekt in Transsilvanien und zur Ukraine, eine Analyse des derzeitigen Diskurses um Flüchtlingspolitik, Solidarität im Knast, uvm.





Editorial

Über uns

[改道] Gai Dao ist die monatliche Zeitschrift der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA), die in der Internationalen der anarchistischen Föderationen (IFA) organisiert ist.

Sie versteht sich trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offenstellt, die kein Mitglied der FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien der FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.

Die [改道] Gai Dao bietet einen monatlichen Querschnitt von Theorie und Praxis der anarchistischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.

Neben diesen eher traurigen Meldungen haben wir aber auch viel Positives zu vermelden: Wir können mit dieser Ausgabe sowohl die Zapatismus-Reihe fortsetzen als auch unsere informelle Reihe zur Ukraine, wo wir versuchen, uns vorsichtig an das Thema heranzutasten.

Als neue Reihe gibt es in der Geschichtsrubrik ein Thema, mit dem sich die meisten wahrscheinlich noch nie beschäftigt haben: Wanderarbeiter*innen und italienische Anarchist*innen im Osmanischen Reich. Seid gespannt!

Osteuropa lässt uns so schnell nicht los, denn auch zu Rumänien und zu Polen erfährt ihr in dieser Ausgabe sehr viel.

Über eure Einsendungen sind wir wie immer sehr froh. Schickt also ruhig weiter fleißig Artikel und mehr. Wenn das Thema passt und wir Platz haben, nehmen wir das gerne auf.

Eure Redaktion der Gaidao

Impressum:

Herausgeber*innen: V.i.S.d.P.:	[改道] Gai Dao - Redaktionskollektiv Be the media % Alarm e.V. Postfach 10 01 61 - 77621 Offenburg
Druck und Verlag: Erscheinungsweise: Kontakt:	Eigenverlag monatlich redaktion-gaidao@riseup.net

FdA hautnah

Regelmäßige Termine der Mitglieder in der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen.

BERLIN

Offener anarchistischer Stammtisch
2. Donnerstag im Monat ab 19 Uhr
Temps Library, Reichenberger Str. 63a, 10999 Kreuzberg
(U2 Görlitzer Blf, M29 Ohlauer Str.)

4. Dienstag im Monat ab 19 Uhr
Café Morganrot, Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg
(U1 Eberswalder Str.)

Termine der anarchistischen Gruppe Neukölln (AGN)
jeden 2. Freitag im Monat ab 21 Uhr Tresen
jeden 3. Dienstag im Monat ab 21 Uhr Vokü
→ F54, Friedelsstraße 54 (U7 / U8 Hermannplatz)

jeden 4. Freitag im Monat ab 21 Uhr Tresen
→ Braunschweigerstr. 53/55 (U / S Neukölln)

Liberter Podcast des anarchistischen Radios Berlin
Jeden 1. des Monats mit einem ernsten und satirischen Rückblick des Vormonats. Daneben verschiedene Sendungen um Hinweise im Laufe des Monats.

Wanderungen der Schwarz-Roten Bergsteiger*innen
Auf Anfrage mit mindestens 3 Wochen Vorlauf (an akfreizeit@riseup.net)

Wanderungen, Übernachtungen, politisch-historische Führungen gegen Spende für lokale Projekte im Raum Dresden und Sächsische Schweiz

Offener FAU-Stammtisch des Allgemeinen Syndikats Dresden
Jeden 2. Mittwoch im Monat, 20 Uhr in der Kneipe „Trotzdem“
Alaunstr. 81, Dresden-Neustadt

Soli-Kneipe und Kultur-Tresen des Allgemeinen Syndikats Dresden
Jeden 4. Freitag im Monat, 20 Uhr, im Hausprojekt WUMS e.V.
Columbusstraße 2, Dresden Löbtau

Probe des libertären Chors des AK Freizeit
Jeden 4. Freitag im Monat, 18 Uhr
WUMS e.V., Columbusstraße 2, Dresden Löbtau

A-Kneipe
Jeden 1. Samstag im Monat, ab 19:30 Uhr
im Gegendruck, Fischerstraße 2, Heidelberg-Alstadt

Probe des libertären Chors des AK Freizeit
Jeden 4. Freitag im Monat, 18 Uhr
WUMS e.V., Columbusstraße 2, Dresden Löbtau

Anarchistisch-Kommunistischer Stammtisch der Anarchistischen Initiative Kaiserslautern/Kusel
Jeden 2. Mittwoch im Monat um 18:00 Uhr im GI Café Clearing Barrel in der Richard-Wagner-Straße 48, Kaiserslautern

Initiative Kaiserslautern/Kusel
Jeden 2. Mittwoch im Monat um 18:00 Uhr im GI Café Clearing Barrel in der Richard-Wagner-Straße 48, Kaiserslautern

KARLSRUHE

Offenes Treffen der libertären Gruppe Karlsruhe
Jeden 2. Dienstag ab 19 Uhr
in der Viktoriastatt. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

Volkstücke der libertären Gruppe Karlsruhe
Jeden 3. Donnerstag ab 19 Uhr
in der Viktoriastatt. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

Anarchistisches Radio
Jeden 2. Sonntag um 18 Uhr, Querfunk 104,8 MHz oder

LEIPZIG

Offenes Plenum der anarchosyndikalischen Jugend (ASJL)
Jeden Montag ab 20 Uhr in der Libelle, Kolonnadenstraße 19, 04109 Leipzig

ASJ VEKU (Veganie Küche)
Jeden 1. Samstag im Monat 20 Uhr in der Libelle, Kolonnadenstraße 19, 04109 Leipzig

Mitgliederberatungsstunde der ASJL
Jeden 2. und 4. Montag 19:20 Uhr in der Libelle, Kolonnadenstraße 19, 04109 Leipzig

LUDWIGSBURG

Anka L - das monatliche Antifa-Café des libertären Bündnis Ludwigsburg (LB)
Jeden 4. Mittwoch im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

MANNHEIM

Volkstücke der anarchistischen Gruppe Mannheim (AGM)
Jeden 1. Samstag im Monat ab 19 Uhr im ASV, Bellstraße 12 (Hinterhaus), 68159 Mannheim

Radio Libertad - libertäre Nachrichtensendung der AGM auf Radio Bermuafunk
Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat von 13:00 - 14:00 Uhr
89.2 in Mannheim 105.3 in Heidelberg

PFORZHEIM

Jeden Dienstag Lesekreis in der alten Fabrik
Bitte vorher anmelden unter:

STUTTGART

Schwarz Roter Tresen der FAU Stuttgart
Jeden ersten Mittwoch im Monat, ab ca. 19.00 Uhr
im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

WITTEN (Ruhrgebiet)

Schwarzer Tresen der anarchistischen Gruppe östliches Ruhrgebiet
Jeden letzten Freitag im Monat um 19.00 Uhr
Trotz allem, Auguststraße 58, Witten



Endnoten:

- gegen Gentrifizierung. Mit der FA ist der seit 1994 bestehender Squat „Rozbrat“¹⁰ verbandelt. Es erschienen auch viele Zeitungen, aktuell erscheint nur die „Inny Świat“¹¹ (Eine andere Welt), die 2013 ihren 20. Geburtstag gefeiert hat, „Przegląd Anarchistyczny“ (Anarchistisches Revue) scheint 2011 eingegangen zu sein. Beide werden (wurden) im Verlag der FA „Bractwo Trojka“¹² verlegt.
- Da ich glaube, die anarcho-syndikalistische ZSP-IAA wird den meisten Leser*innen ein begriff sein, da die „Direkte Aktion“ ab und zu über deren Aktivitäten berichtet, und mir die ZSP die bekannteste libertäre Organisation in Polen zu sein scheint, erspare ich's mir und verweise auf eine weitere anarcho-syndikalistische Organisation im Lande – auf die „Inicjatywa Pracownicza“ (Arbeiterinitiative), die von einigen FA-Aktivist*innen Anfang 2000er gegründet wurde.
- Viele Gruppen und Organisationen zerbrechen wie z.B. „Lewicowa Alternatywa“ oder „Inicjatywa Antynuklearna“, und gehen in anderen Projekten auf. Was mensch jedoch feststellen kann – der Anarchismus in Polen ist zwar immer noch in den Subkulturen verwurzelt, ist aber längst keine subkulturelle Veranstaltung mehr. Die zuriest homophobe, nationalistische, erzkatholische Gesellschaft macht es polnischen Libertären natürlich nicht leicht, für Ideen zu werben. Mit Verweis auf konservative, patriotische Werte baut die Regierung die Überreste der Sozialstaatlichkeit und Rechte der Arbeiter*innen ab (8-Stunden-Arbeitstag z.B. seit 2013 per Gesetz aufgehoben). Wie in allen post-sozialistischen Gesellschaften ist in Polen die Arbeiterschaft desorganisiert und gegen alles „Sozialistische“ allergisch, wozu auch „Heldenart“ der Solidarność-Gewerkschaft wohl einiges beigetragen haben dürften.¹³ Die extreme Rechte gewinnt an Einfluss.¹³ Jedoch schaffen es Anarchist*innen auch, solche Projekte wie das partizipatorische Stadt-Budget populär zu machen, so war das 2010 verstorbene Mitglied der Krakauer FA-Gruppe, Rafal Gorski, Autor des Budget-Projekts für Krakau. In den sozialen Konflikten, im Kampf gegen Neonazis und Umweltverschmutzung mischen Anarchist*innen kräftig mit. Wir werden sehen, was passiert.

Relevante Links:

- <http://ozzip.pl/> - OZZIP, Arbeiterinitiative
<http://www.zsp.net.pl/> - ZSP-IAA
<http://www.ack.most.org.pl/> - Anarchist Black Cross Polen
<http://www.federacja-anarchistyczna.pl/> - Anarchistische Föderation
<http://cia.media.pl/> - Zentrum anarchistischer Information
<http://pl.indymedia.org/> - Indymedia
<http://161crew.bzzz.net/> - Antifa.Polska
<http://161crew.bzzz.net/~Antifa.Hooligans>

Analyse & Diskussion

FdA/IFA

- 04** *Der Krieg nährt den Staat*
05 *Auflösungserklärung*
 über die öffentliche Diskussion zur europäischen Flüchtlingspolitik
- 06** *Auflösungserklärung*
 Anarchistische Föderation Berlin
- 07** *Zapatismus-Debatte – Teil 4*
 Antwort auf „Das bösaartige Gelächter einiger sehr freier Geister“ oder Es gibt kein schlimmeres Sklavendasein als das von denjenigen, die sich frei glauben, ohne es zu sein! (1870-1912)

Geschichte

Weltweit

- 08** *Zuhause bei Anarchist_innen in Transsilvanien*
09 *Kurze Skizze der anarchistischen Bewegung in Polen*
- 10** *Die Ukraine nach der „Revolution“*
 Kampf der Korruption – für eine faire kapitalistische Konkurrenz

- 11** *Zuhause bei Anarchist_innen in Transsilvanien*
12 *Der gekommene Aufstand*
 Die Ukraine und die Misere der Linken.
- 13** *Die Ukraine nach der „Revolution“*
 Kampf der Korruption – für eine faire kapitalistische Konkurrenz

- 14** *Der gekommene Aufstand*
 Die Ukraine und die Misere der Linken.
- 15** *Termine*

- 16** *Die Ukraine nach der „Revolution“*
 Kampf der Korruption – für eine faire kapitalistische Konkurrenz

- 17** *Bewegung*

- 18** *...and rob their houses*
 Zur Hausdurchsuchung bei Black Mosquito

- 19** *Lampedusa*
 über die öffentliche Diskussion zur europäischen Flüchtlingspolitik
- 20** *Das Ende der „Klassiker-Gilde“ hinter Gittern?*

- 21** *Termine*

- 22** *FdA hautnah*
 Regelmäßige Termine der FdA-Mitglieder

Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete „innen“ (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten. Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zu-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtausständigung zurückzuschicken.

3. Libertäre Medienmesse
Frauen. Arbeit. Migration
29.-31. August 2014 · Zeche Carl, 45326 Essen
www.limesse.de | kontakt@dritte.limesse.de



Der Krieg nährt den Staat

★ Von: IEA / Übersetzung: FA

In der heutigen Welt ebenso wie in der Vergangenheit stellen Kriege eine Notwendigkeit für Staaten dar, um ihre Herrschaft über andere Teile der Welt zu sichern; um ihre eigenen Bevölkerungen hinter sich gegen einen äußeren Feind zu vereinen; um ihre eigenen Rüstungsin- dustrien anzukurbeln, die ein immer stärker werdender Teil ihrer eigenen Ökonomien sind.

Die Suche nach Ressourcen für diese Industrien, vergrößert den Kampf der verschiedenen Machtblöcke um die Kontrolle von wichtigen Rohstoffquellen wie Uran, Öl und anderen Rohstoffen. Krieg ist eng verbunden mit Umweltzerstörung, wie im Fall der Entlaubung des Urwalds während des Vietnamkriegs und der riesigen Umweltzerstörung während des Golfkriegs durch die Bombardierung von Ölraffinerien.

Krieg beinhaltet die Vertreibung von ganzen Bevölkerungen, erzwingt Migration und das Errichten von riesigen Flüchtlingslagern. Er verursacht Hungersnöte durch Angriffe auf Erntten. Massenhafte Vergewaltigungen werden gezielt als Mittel des Terrors eingesetzt und sie sind ein Symptom für die verzerrte Maskulinität, die der Militarismus erzeugt. Neben der Erfindung von Bedrohungen, wie dem islamischen Fundamentalismus und wieder einmal der des russischen Bären bzw. der westlichen imperialistischen Aggression, wird die Gefahr der Unordnung im Inneren, die oft vom Staat selbst hervorgerufen wird, dazu genutzt, einen Feind im Inneren zu postulieren. Der innere Feind - ob Jugendbanden oder politische Gruppen - rechtfertigt schließlich die wachsende Militarisierung der Gesellschaft und damit die verstärkte Präsenz von Truppen in den Straßen sowie an Transportknotenpunkten und die stärker werdende Militarisierung von Polizeikräften. Die konkurrierenden Machtblöcke – USA, Russland, China, Europäische Union etc. – streben ihre eigenen Sphären des globalen Einflusses an, was zu einer Erhöhung der Spannungen führt, wie man am Beispiel der Ereignisse in der Ukraine sehen kann.

Wir stellen uns gegen die Militarisierung der Gesellschaft und dem Kriegstreiben. Auseinandersetzungen um Grenzen werden von Machtblöcken und Nationalstaaten als Mittel genutzt, um Konflikte auszulösen. Die Antwort darauf kann nicht ein Mikro-Nationalismus sein (Schottland, Katalonien etc.) mit der Entwicklung von neuen kleinen Staaten mit ihren eigenen bewaffneten Kräften, sondern eine freie Federation der Menschen, mit der Zerstörung der Rüstungsindustrie, der Auflösung der Armeen, dem Wegfall von Grenzen und der Abschaffung des Kapitalismus selbst. Auf praktischer Ebene entgegen wir ihrem Drang zum Krieg sowie zur Militarisierung der Gesellschaft mit Kampagnen gegen militärische Rekrutierung, Unterstützung von Deserteur*innen und Kriegsgegner*innen, zivilem Ungehorsam sowie Blockaden und Streiks gegen Lieferungen von Rüstungsgütern und Armeen.

Gegen alle Grenzen!
Gegen jeden Krieg!

Für ein Teilen aller Ressourcen mit der Bevölkerung des gesamten Planeten!
Krieg dem Krieg!

Etwas später (1926) gründete sich aus Überresten der zionistischen Bundischen Jugend, enttäuschten Anhänger*innen der Sozialistischen und der Sozial-demokratischen Partei Polens und Litauens und Gewerkschaften die konspirative Anarchistische Föderation Polens (Anarchistyczna Federacja Polski, AFP). Die Föderation gab Zeitungen „Gloss Anarchy“ (Anarchistische Stimme), „Młody Rewolucjonista“ (Junge Revolutionär*innen) und „Walka Klas“ (Klassenkampf) heraus. Mitte der 1930er Jahre gelang es der AFP, Einfluss auf die Landesgewerkschaft ZZZ zu nehmen und sie in die syndikalistische Richtung zu drängen.

Die Aktivitäten der EA sind „klassisch“: Aufklärung, Bildung und Agitation, Antimilitarismus und Antifaschismus, Öko-Aktivismus, kommunale Selbstverwaltung, Unterstützung bei Arbeitskonflikten, Kampf

Die Populärisatorin der Ideen Kropotkins und Mitbegründerin der polnischen Kooperativenliga Maria Orsetti (1880 – 1957) lernte während ihres Studiums in England die dortige Genossenschaftsbewegung kennen und versuchte, Genossenschaften auch in Polen zu etablieren. So arbeitete sie in Lebensmitteläden, linken Verlagen und Buchhandlungen, die nach diesem Prinzip organisiert waren und übersetzte einige Werke P. Kropotkins ins Polnische.

Ebenfalls viel für die Herausbildung der Arbeiter*innen- und Genossenschaftsbewegung tat Jan Wolski (1888 – 1975), der Geschichtswissenschaftler war und u.A. an der Volksuniversität von Eduard Abramowski lehrte. Wolski war außerdem Freimaurer, die Tätigkeit in Freimaurer-Logen war ihm ein Mittel, an der moralischen Erziehung der Menschheit mitzuwirken.

Merkwürdigerweise (oder vielleicht doch gar nicht?) widersprach die Praxis der meisten explizit anarchistischen Gruppen in Polen am Anfang des 20. Jhd. den Lehren ihrer Vordenker*innen: viele gehörten dem verwarmten jüdischen Milieu an, nannten sich Kommunist*innen und pflegten den rücksichtslosen bewaffneten Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft im Sinne Jan Waclaw Machajskis oder Jehuda Grossmans Roschtschins (damals noch im „Schwarzer Banner“ und noch kein Bol- schewik).

Wolność i Pokój (Bewegung Freiheit und Frieden), die zwar nicht anarchistisch, aber wohl eine Art Graswurzel-Bewegung war. Teile von diesen Bewegungen gründeten 1988 eine libertäre Vernetzungsplattform „Miedzyniestawka Anarchistyczna“ (sinnemäß: Die anarchistische Überregionale), 1989 verwandelte sich die MA in die „Federacja Anarchistyczna“ (Anarchistische Föderation), die bis heute besteht und in ein paar Städten ihre Strukturen hat.

Die Aktivitäten der EA sind „klassisch“: Aufklärung, Bildung und Agitation, Antimilitarismus und Antifaschismus, Öko-Aktivismus, kommunale Selbstverwaltung, Unterstützung bei Arbeitskonflikten, Kampf

1939, mit dem Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen löste sich die AFP auf, Teile von ihr gingen nach Palästina, die anderen gingen während des 2. Weltkrieges in der syndikalistischen „Wolność“ auf. Während des Krieges bestand auch eine weitere syndikalistische, aber weniger radikale Organisation, „Związek Syndikalów Polskich“ (ZSP, Vereinigung polnischer Syndikalisten*) innen, die zwar für den freiheitlichen Sozialismus eintrat, aber den Klassenkampf verwarf. Die ZSP gab diverse Zeitungen heraus und unterstützte den Aufstand im Warschauer Ghettos im April 1943.

Nach dem Krieg löste sich die anarchistische Bewegung fast vollständig auf: einige emigrierten, andere traten der Vereinigten Arbeiterpartei bei, wiederum andere gingen in der Genossenschaftsbewegung auf, nachdem die neue Regierung die Legalisierung der anarchistischen Organisationen verweigerte. Organisierter Anarchismus taucht in Polen erst Anfang 1980er wieder auf, nämlich in Form der Jugendbewegung „Ruch Spoleczeństwa Alternatywnego“ (RSA, Bewegung der alternativen Gesellschaft). Die RSA war eher subkulturell unterwegs, lieferte sich manchmal während offizieller Feierlichkeiten Straßenschlächten mit Ordnungskräften, protestierte gegen die Militarisierung der Gesellschaft und den Bau von AKWs und gab solche Zeitungen wie „Gilotyna“, „Homek“ (Der Mensch) und „Przeżka Dalej“ (Gib es weiter) heraus.



1. Mai Demonstration in Wrocław



demokratischen Bewegung, war aber zutiefst nationalistisch und eitel; die Vorstellung, dass die Bevölkerung Litauens, Weißrussland und der Ukraine nicht unbedingt von der Rzeczpospolita in den Grenzen von 1772 begeistert sein oder dass das „gemeine Volk“ in der Erhebung seine eigenen, sozialen Interessen verfolgen könnte, war ihm so zuwider, dass er keine Mühe scheute, Bakunin, Herzen und Co als Agenten des Zaren zu denunzieren, die die polnische Sache nur für Moskaus Belange opfern wollten. Er beanspruchte, alleine das demokratische Polen zu repräsentieren, jedoch als das geheime russische Militärtkomitee sich direkt mit dem polnischen Zentralkomitee verband und sich im Sinne Bakunins Losung „Möge alles Polen sein, was Polen sein will!“⁷ einigte, wurde diese Forderung ziemlich grundlos, was Mieroslawski noch mehr gegen die russischen Revolutionär*innen aufbrachte. Auch nach dem missglückten Aufstand widmeten sich beide Herren zahlreiche Broschüren und Zeitungsartikel, in denen sie ihre Feindschaft austrugen.

Ebenfalls erwähnenswert ist die letzte polnische Avanture Bakunins. Im Februar 1863 begab er sich ohne die Einladung des polnischen Zentralkomitee abzuwarten, nach Stockholm, um von dort aus Klandestine Beziehungen zwischen Finnland, Polen, Litauen und St. Petersburg herzustellen. Etwas später, völlig unabhängig davon, entstand in England unter der Leitung von Oberst Theophil Lapinski ein Plan, mit einem Schiff an die polnische Ostseeküste zu kommen, da einen militärischen Trupp abzusetzen und im Land für Unruhen zu sorgen. Die Expedition war dermaßen ungeschickt und unkonspektiv vorbereitet, dass sie russische Botschaft von Anfang an sehr gut Bescheid wusste. Unterwegs machte das Schiff mit etwa 200 Mann und Waffen an Bord einen Abstecher nach Helsingborg, um Bakunin abzuholen, in Kopenhagen floh allerdings der Kapitän und mit ihm der große Teil der Besatzung. In Malmö wurde das Schiff festgehalten. Am 11. Juni unternahm mensch doch einen Versuch, in der Nähe von Memel ans Land zu gehen, der aufgrund des schlechten Wetters tragisch endete. Wie dem auch sei, das Scheitern der Expedition lastete mensch Bakunin an, obwohl seine Rolle darin eher unbedeutend ist. Die Enttäuschung trieb übrigens Bakunin in seinen Panslawismus aus.

Freilich kann mensch weder von einer theoretisch sowie organisatorisch einheitlichen anarchistischen oder sozialistischen Bewegung im Polen sprechen. Es wäre vielleicht sogar angebracht, anzunehmen, dass in verschiedenen Teilen des Landes auch unterschiedliche Ansätze existierten. So dominierten im „deutschen“ Teil marxistische, sozial-demokratische, im „österreichischen“ - eher reformistisch-syndikalistischen, während im „russischen“ Teil sich notwendigerweise eine terroristische Strömung entwickelte.⁸ Dennoch hatten viele nicht explizit anarchistische Organisationen anarchistische Elemente in ihren Programmen oder Statuten, was sich wahrscheinlich mit den Sympathien der polnischen National-Demokrat*innen für föderalistische und kooperative Gedanken Proudhons erklären ließe. Es gab im Exil auch libertäre Presse: „Trybun Ludowy“ z.B. erschien in Lwiw, „Swit“ erschien in London. Obwohl die polnische anarchistische Bewegung keine großartigen Theoretiker*innen vorzuweisen hat, war sie doch im Wesentlichen von Proudhon, Kropotkin und Tolstoi beeinflusst, gab es immerhin einige Namen, die für die Bewegung von Bedeutung waren.

Der bekannteste ist wohl Eduard Abramowski (1868 – 1918), Soziologe, Philosoph, einer der Mitbegründer*innen der Polnischen Sozialistischen Partei, Anhänger der Kooperativen-Bewegung. Theoretisch stand er Kropotkin und Tolstoi nahe: räumte die führende Rolle bei der Umgestaltung der Gesellschaft der Ethik zu und setze eher auf die friedliche Evolution zu einem nicht staatlichen sozialistischen Zustand hin. Er schaffte aber gleichzeitig, aus der Arbeit keinen Fetisch zu machen und kritisierte scharf den sog. Arbeiterbewegungsmarxismus.

Der Neffe des Pariser Kommundarden Waleri Wróblewski, Augustyn Wróblewski (1866 – 1913) war Chemiker, während seines Studiums in St. Petersburg und Riga kam er mehrmals mit der politischen Polizei in Konflikt. Zunächst glaubte er durch moralische Predigten die Gesellschaft von all ihren Krankheiten heilen zu können, startete viele öffentliche Kampagnen gegen das Rauchen, gegen Alkoholismus und Prostitution (er gab auch mehrere Zeitungen heraus: neben denen, die die Naturwissenschaften oder Arbeiter*innenbewegung zum Thema hatten, gab es auch Pressezeugnisse mit recht gruseligen Namen wie „Czystość“ (Sauberkeit) oder „Trzeźwość“ (Nüchternheit). Er setzte wie Abramowski auf Selbstbewusstsein und friedliche Veränderungen und wollte sogar eine Art „Rote Religion“ (Czerwona Religia, 1912), eine Synthese aus Freiheitsdrang, Gleichheit, Güte, Schönheit und Liebe, als Gegensatz zum Katholizismus kreieren.

Józef Zelinski (1866 – 1927) war Syndikalist, Arzt, widmete sich der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und dem Schutz von politisch Verfolgten. Zusammen mit seiner Frau Iza gründete er die Polnische Volksuniversität und eine Freidenkerliga, arbeitete mit Jean Grave in „Les Temps Nouveaux“ und schrieb sogar noch Theaterstücke für Volkstheater. Gegen Ende seines Lebens arbeitete Zelinski als Berater im Ministerium für Arbeit und Soziales, wo er einige recht progressive Arbeitschutz-Maßnahmen durchsetzte.

Eine der bekanntesten Persönlichkeiten des polnischen freiheitlichen Sozialismus war Jan Waclaw Machajski (1866 – 1926), den mensch nicht in eine bestimmte Schublade stecken kann. Aus dem linken Flügel der polnischen Sozial-Demokratie kommend, wo er sich über die Nationalismus-Frage mit den Genoss*innen verkrachte, entwickelte er ein originales Denksystem, das später „Machajewtschina“ genannt wurde. Vielleicht könnte er als einer der ersten Kritiker*innen des Staatssozialismus bolschewistischer bzw. sozial-demokratischer Art gelten: früh genug kritisierte er das Ausarten der politisierten Facharbeiter und Intellektuellen zu einer neuen Herrschaftsklasse, zur sozialistischen Bürokratie. Machajski stand in seiner Intellektuellen-Kritik und seiner Militanz eher Bakunin und Johann Most nahe und war, so gesehen, der widersprüchlichste Vertreter des polnischen Sozialismus: er war ein sozialistischer Intellektueller, der sozialistischen Intellektuellen den Krieg erklärte. Wie Most, predigte er den allgemeinen Streik und die Bombe, ohne selbst jemals eine Bombe geworfen zu haben; sein Einfluss blieb zwar begrenzt, die Schriften wurden jedoch breit rezipiert und beeinflussten eine Reihe von anarchistischen Gruppen in der Ukraine, Weißrussland, Polen und Südrussland. Scharf kritisierte er auch Kropotkins Versuche, den Anarchismus wissenschaftlich zu fundieren, und legalistische Tendenzen im Syndikalismus.⁹

Auflösungserklärung

Anarchistische Föderation Berlin


AFB
„Irgendwann merkt man immer, wenn's das war...“ (Oma Hans)

Jahrelang dienten von der AFB organisierte offene anarchistische (zwei Mal im Monat) als Anlaufpunkt für später weiter in anderen anarchistischen Strukturen aktive Menschen.

Die Umstrukturierung zur Mini-Föderation in 2010 führte zur Bildung neuer Gruppen, die zum Teil bis heute noch aktiv sind (A-Radio Berlin und GruppeX mit ihrem Reader „Game over – Politisch aktiv, ohne kaputtzugehen“).

Ab 2010/11 war die AFB schließlich stark am Aufbau bzw. der Erneuerung überregionaler Vernetzungsstrukturen im Rahmen der heutigen „Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen“ (FdA) beteiligt.

Im Mai 2014 gab die Föderation das Anarchistische Wörterbuch heraus, ein Nachschlagewerk für alle, die mehr über anarchistische Theorie und Praxis erfahren möchten.

Zuletzt wurde die AFB allerdings lange Zeit nur von einer Handvoll Menschen getragen, die besonders in den letzten Monaten ihre wenigen freien Kapazitäten lieber in Hausprojekte, Kiezinitiativen und Basisgruppen gesteckt haben und dort, wie auch in Mediengruppen, zukünftig verstärkt tätig sein werden.

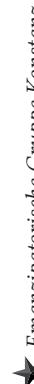
In Kooperation mit der Soligruppe „Atenco Resisté“ gelang es der Föderation im Januar 2007, ein Treffen des damaligen mexikanischen Präsidenten Calderón mit Wirtschaftsleuten im „Haus der deutschen Wirtschaft“ in Berlin zu verhindern. Der mexikanische Präsident der rechten PAN-Partei sage die Feierlichkeiten aufgrund einer Demonstration aus „Sicherheitsgründen“ ab.

2009 wurde ein kontroverse anarchistischer Kongress in Berlin ausgerichtet, der bis zu 500 Menschen in die Stadt lockte und trotz einer medial herbeigeführten Verweigerung der Räume in der Technischen Universität unter präkären Bedingungen in der New York im Bethanien durchgeführt wurde.

Wir halten weiterhin an der Idee fest, dass eine kontinuierliche Vernetzung libertärer Gruppen in Berlin und darüber hinaus sinnvoll ist. Wir wünschen allen zukünftigen derartigen Projekten viel Kraft!

Auflösungserklärung

Emancipatorische Gruppe Konstanz


Emancipatorische Gruppe Konstanz

Unser Blog wird als Archiv erst einmal erhalten bleiben. Unter unserer E-Mail-Adresse werden wir noch eine Weile zu erreichen sein.

Für linke, außerparlamentarische Politik in Konstanz meldet euch beim Aktionsbündnis Abschiebestopp oder bei der Jugend-Antifa Konstanz.

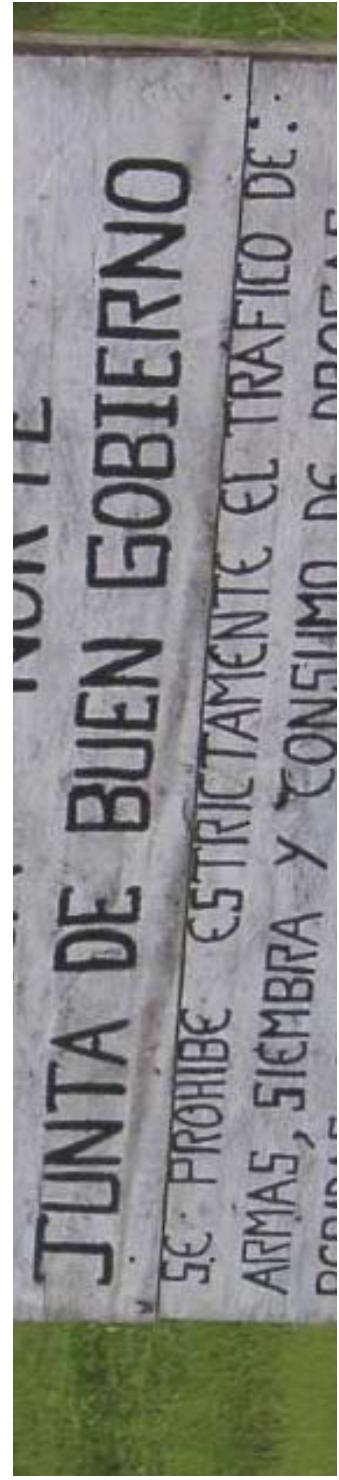
Der Kampf geht weiter – so oder so!

- wenn auch anderswo oder in anderer Form.



Zapatismus-Debatte – Teil 4

Antwort auf „Das bösartige Gelächter einiger sehr freier Geister oder Es gibt kein schlimmeres Sklavendasein als das von denjenigen, die sich frei glauben, ohne es zu sein!“



★ Azamblea del Pueblo, 23. November 2013 / Übersetzung: azambleadelpueblo.org/2013/11/23/la-junta-de-buen-gobierno-prohibe-estriictamente-el-trafico-de-armas-siembra-y-consumo-de-drogas/

Vorwort der Redaktion: Wir drucken hier die dritte Antwort aus dem anarchistischen Spektrum auf den Brief von Subcomandante Marcos ab, die zugleich auch eine Antwort auf den Brief von der aufständischen Zellen (aus der Ausgabe Nr. 39) darstellt. Die vorliegende Antwort stammt (vorgeblich) von einem anarchistischen Kollektiv aus San José in Costa Rica, das sich der Sexta angeschlossen hat. Wir empfehlen dringend, die ersten drei Teile der Reihe zu lesen (Gaidao Nr. 37, Gaidao Nr. 38 und Gaidao Nr. 39), damit sich der vorliegende Text vollständig erschließt.

„Die Individualisten gehen davon aus – oder reden, als wenn es so wäre –, dass die (anarchistischen) Kommunisten den Kommunismus aufzwingen wollen, was sie natürlich gänzlich außerhalb des Anarchismus stellen würden. Die Kommunisten gehen davon aus – oder reden, als wenn es so wäre –, dass die (anarchistischen) Individualisten jede Idee der Assoziation ablehnen, den Kampf zwischen Mensch und Mensch, die Herrschaft des Stärkeren (es gab einige, die im Namen des Individualismus diese und noch schlimmere Ideen vertraten, doch kann man sie nicht als Anarchisten bezeichnen) wollen – und dies würde sie nicht nur außerhalb des Anarchismus, sondern auch außerhalb der Menschheit überhaupt stellen.“
Malatesta, Pensiore e Volonta, 19. Juli 1924 (Übersetzung des Karin-Krammer-Verlags 1980)

und den polnischen Bauern mehr Boden zuteilte als den russischen oder weißrussischen. So gratulierte er einem russischen Reaktionären in einem Brief, der erst 1833 in der Zeitung „Rus“ veröffentlicht wurde, zu dieser „echten Tat der Emanzipation des polnischen Volkes“ und pries den Zaren Alexander II als eine Art sozialistischen Befreier des Volkes vom korrupten Adel. Die Haltung, die ihm Bakunin bei all seinem Respekt nicht mehr verzeihen konnte; so kritisierte er Proudhons Broschüre „Si les traités de 1815 ont cessé d'exister“ (1864) schonungslos: „Das russische Reich, das irgendjemand befreit, das ist eine empörende Irrsinnigkeit, die weder dem Verstand noch dem revolutionären Instinkt Proudhons, natürlich, keine Ehre macht.“⁵

Jänner 1864 ereignete sich erneut in Polen ein Aufstand gegen die Zarenherrschaft, er wurde ebenfalls brutal niedergeschlagen, weil es den aufständischen Adeligen und Bürgertum nicht gelang, die Bauern für „die Sache“ zu begeistern. „Die Sache“ war wohl tatsächlich nicht unbegängt die Sache der Bauern und einfacher Arbeiter*innen: das erklärte Ziel des Aufstands war die Wiederherstellung der Rzeczypospolita in den Grenzen von 1772, komme was wolle, und nicht die sozialen Forderungen. Besonders tragisch an diesem Aufstand ist die Tatsache, dass polnische National-Demokraten bereit waren, für ihre Unabhängigkeit die Unabhängigkeit der benachbarten Ukrainer*innen, Weißruss*innen und Litauer*innen zu opfern. Die Zerschlagung des Aufstands und die „Russisierung“ des polnischen Bildungssystems und Verwaltungskörpers zogen Unmut und erneute Emigrationswellen nach sich. Solche Anführer des Januaraufstands wie Józef Dąbrowski (1836 – 1871) und Walery Antoni Wróblewski (1836 – 1908) setzten ihre militärische Erfahrungen 1871 bei der Verteidigung der Pariser Kommune gegen preußische Truppen ein.

An dieser Stelle wäre vielleicht noch angemessen, zu erwähnen, dass selbst die Gründung der Internationalen Arbeitersozialist 1864 auch nicht ohne „polnische Spur“ war. Trafen sich doch englische und französische Arbeiter*innen in London, um ihre Solidarität mit dem Januaraufstand in Polen zu demonstrieren, und kamen dabei zufällig zum

As symptomatisch für dieses Missstrauen könnte mensch die Beziehung zwischen Michail Bakunin und General Ludwig Mieroslawski (1814 – 1878) betrachten. Dieser stand zwar im linken Flügel der national-

Schluss, dass eine Organisation, die den proletarischen Kampf international koordinieren könnte, wohl auch nicht schaden würde.

Wie dem auch sei, aufgrund der Repressalien, mit denen das Zarenreich Polen überzog, war eine sinnvolle politische Arbeit zunächst nur noch im Exil möglich. So entstand 1872 in Zürich die „Polnische Sozial-Revolutionäre Gesellschaft“ (Polskie Towarzystwo Socjalno-Rewolucyjne). Das erste Programm der Organisation schrieb Josef Tokarzewicz unter Assistenz von Michail Bakunin.⁶ Die russischen Revolutionär*innen fühlten sich zu bedingungslosen Solidarität mit der Sache der nationalen Befreiung Polens verpflichtet – schien ihnen das doch (berechtigterweise) notwendige Bedingung der sozialen Revolution in Russland zu sein. Die Ansicht teilten nicht einmal alle polnischen Sozialist*innen: zu unterschiedlich die materiellen und kulturellen Umstände (Polen wurde ziemlich früh zum am meisten industrialisierten Gebiet des russischen Imperiums, was wohl auch die Unterschiede in den Sozialismus-Vorstellungen erklären würde: orientierten sich Tscherneytschewski, Ogarew und Herzen an der russischen Bauern-Gemeinde „mir“, tendierten die polnischen Sozialist*innen in Richtung Mutualismus).

Zu stark war auch der Nationalismus und der Wunsch nach eigener Staatlichkeit, das Pochen auf „historische Rechte“, denen auch manche Sozialist*innen, die durchaus Bakunins Einsichten der antistaatlichen Revolution teilten, Zugeständnisse machen mussten; zu schwach war das Vertrauen zu den Vertreter*innen des Kolonialatoren-Volkes. So lehnte das Zentralkomitee der polnischen Nationalregierung mehrmals Vorschläge Bakunins ab, persönlich nach Polen zu kommen und bei den Vorbereitungen der Revolution mitzuhelpfen. Dieser war geradezu besessen von der Idee, die russischen Offiziere des polnischen Regiments zu agitieren und dort eine „russische Legion“ zu bilden, um den Aufstand 1863/64 zu unterstützen und, natürlich, die Revolution nach Russland zu exportieren.

Als symptomatisch für dieses Misstrauen könnte mensch die Beziehung zwischen Michail Bakunin und General Ludwig Mieroslawski (1814 – 1878) betrachten. Dieser stand zwar im linken Flügel der national-

Der Mai-Rückblick des Libertären Podcasts
Der monatliche Rückblick des Anarchistischen Radios Berlin auf die ernsten und skurrilen Themen des Vormonats

Voraussichtlich in der aktuellen Ausgabe:



- News-Flash
- Brasilien: Proteste und Fußball
- Satire: Aktuelles zur Politik
- Bewegende Geschichte: 80 Jahre Pinksterlanddagen in Holland
- Wo herrscht Anarchie
- Filmtripp: Blut muss fließen
- Neu erschienen: das Anarchistische Wörterbuch
- Linktipps

Den Mai-Podcast im Stream und als Download gibt's auf radio.blogspot.de.

[1] Ann. d. Ü: Zum Originalbegriff „Pueblo“ könnte eine ganze Abhandlung geschrieben werden. Kurz zusammengefasst, ließe sich vielleicht sagen, dass dieser Begriff in Lateinamerika gänzlich andere Konnotationen als in Deutschland hat und er sich wahrscheinlich am ehesten mit „die Bevölkerung“ übersetzen ließe. Der Begriff hat jedenfalls, je nach Perspektive, einen eher sozial-revolutionären bzw. sozial-romantischen Charakter. Dies gilt für alle Stellen im vorliegenden Text, wo es um Volk oder Völker geht. Da allerdings viele Anarchist*innen in Lateinamerika diesen Begriff vermeiden, möchten wir die Verwendung markieren, indem wir dennoch „Volk“ bzw. „Völker“ schreiben.



Kurze Skizze der anarchistischen Bewegung in Polen

★ Niedera / Leipzig

Zugegeben, das Vorhaben, einen historischen Überblick über „den polnischen“ Anarchismus zu liefern, ist widersprüchlich in vielerlei Hinsicht: nicht nur, weil es praktisch unmöglich ist, ein so großes Thema in Kürze und unverzerrt darzustellen. Zum Einen ist die Darstellung der anarchistischen Bewegung ohne den Kontext der bürgerlichen Revolutionen und anderer sozialistischer Strömungen widersinnig; zum Zweiten – was soll schon an diesem Anarchismus „polnisch“ sein? So wie Bakunin und Proudhon ihre Rolle darin gespielt haben, spielten viele Vertreter*innen der polnischen sozialistischen Bewegung ebenfalls wichtige Rollen in der Geschichte des europäischen Sozialismus. Dieses Land (welches Land wäre das eigentlich in der Föderation von Königreich Polen und Großfürstentum Litauen?) mit einer langen republikanischen Tradition wurde zwischen den reaktionärsten Staaten des damaligen Europa zerissen, daher mussten viele polnische Sozialist*innen entweder ins Exil (vorzugsweise ins schweizerische oder ins französische) oder sich der deutschen/österreichischen oder russischen Bewegung anschließen.

Dennoch versuche ich das Gemeinsame und das Besondere am polnischen Anarchismus wenigstens in groben Zügen, mehr oder weniger thesenhaft zu skizzieren, in der Hoffnung, dass geneigte Leser*innen sich veranlässt fühlen, ihren eigenen spannenden Forschungen nachzugehen.

Mensch könnte zwar wie der Anarchismus-Forscher A. Lanewski¹ den Ursprung des libertären Denkens im Lande bei den sogenannten „Polnischen Brüdern“ (auch Sozinianer oder Ariener genannt) suchen, einer merkwürdigen protestantischen Sekte, die im 14. Jhd. entstand, die Göttlichkeit Jesu verwarf, Abschaffung der Leibergenschaft, Gewaltlosigkeit und die allgemeine Brüderlichkeit forderte. Selbst wenn wir der Religiosität in Polen ihre zweifellos bedeutende Rolle lassen, kann dieser Ansatz den europäischen (in unserem Falle – den polnischen) Anarchismus als revolutionäres Projekt der Aufklärung weder angemessen fassen noch erklären.² Die Ariener waren eben keine Anarchist*innen im engeren Sinne, auch wenn sie in ihrem historischen Kontext wie die Hussiten oder Anabaptisten durchaus revolutionär waren.

Ebenfalls zu nicht anarchistischen, aber zur demokratisch-republikanischen Tradition gehört die damals einzige politische Verfasstheit des polnisch-litauischen Unionstaates. Das polnische Kriegsadel, die sogenannte Szlachta, die sich selber ursprünglich aus dem Bauerntum rekrutierte, erkämpfte sich in zahlreichen Kriegen und innerpolitischen Konflikten Privilegien und schaffte im 14. Jhd., nach dem Aussterben der Jagellonen-Monarchie eine Wahlmonarchie – polnische Könige waren dementsprechend nur noch vom Adel gewählte Repräsentanten des Staates. Die Vertreter der Szlachta waren rechtlich und politisch gleich und ebenbürtig und durften ihre progressive Rolle noch spielen: die

Verfassung von 1791 (d.h. eigentlich die erste in Europa) war für Karl Marx, vor dem Hintergrund der russisch-preußisch-österreichischen Barbarei, das einzige vom Geist der Freiheit durchtränkte Dokument, das Osteuropa jemals hervorgebracht hatte, das zudem noch von der privilegierten Schicht ausging. Das nannte Marx die edelste Tat der adeligen Klasse. Die 1795 zwischen Preußen, dem Russischen Zarenreich und Österreich aufgeteilte Rzeczypospolita (was nichts anderes hieß als „res publica“) war ihm „das osteuropäische Frankreich“.³ Die Forderungen der Wiederherstellung der polnischen Staatlichkeit waren in der 1. Internationale immer ein großes Thema.

Freilich war das Kriegsadel, das etwa 10% der Bevölkerung ausmachte und sich manchmal in Koalitionen zusammenrottete, um sich gegenseitig zu bekämpfen oder den gewählten König „zur Vernunft zu bringen“, eine immense wirtschaftliche Belastung für Bauern und Leibeigene. Ob Mensch das unbedingt durch die Bezeichnung „feudale Anarchie“ schön reden muss, ist fraglich, aber – wie gesagt – diese demokratische Tradition spielte eine sehr wichtige Rolle im politischen Leben des Landes. Die eigentlichen Ursprünge des polnischen Anarchismus sind von den national-demokratischen Bestrebungen im aufgeteilten und der polnischen Souveränität beraubten Polen nicht klar abzutrennen. Das 19. Jhd. war reich an Aufständen in Polen: so sollte mensch die hoffnungslosen und blutig niedergeschlagenen Aufstände von 1831 und 1846 erwähnen, die sich gegen die politische Unterdrückung durch Russland und Preußen richteten und mit vielen sozialen Forderungen verbunden waren. Die Niederschlagung und Verfolgung von Beteiligten führte dazu, dass viele basisdemokratisch Gesinnte nach Frankreich oder in die Schweiz fliehen mussten, wo sie mit sozialistischen / anarchistischen Ideen Bekanntschaft schlossen. Der am 1831-er Aufstand beteiligte Historiker Joachim Lelewel wurde z.B. zum engen Freund von Marx und Engels, Josef Cwjartkewicz, Mitglied der 1. Internationale war Anhänger P.-J. Proudhons. Auch Michail Bakunin versuchte sich mit Exil-Polen anzufreunden, die ihm als Russen und seinem revolutionären antistatalen Programm jedoch misstrauten. Die Unterstützung der polnischen Revolution schien damals unter europäischen Demokraten selbstverständlich – bis auf wenige Ausnahmen. Während sich Alexander Herzen auf den Seiten seiner Zeitschrift „Kolokol“ wie selbstverständlich die polnischen Aufstände unterstützte und z.B. in „Vivat Polonia!“

(14.03.1861) russische Soldaten aufrief, eher zu sterben, als auf Polen und russische Bauern zu schießen, stellte sich Pierre-Joseph Proudhon entschieden gegen national-demokratische Bestrebungen in Polen. Nicht nur, dass er gegen Herzen polemisierte, indem er behauptete, dass das nationale Prinzip sich bereits damals überlebt hatte – worüber Mensch sich hätte streiten können – stellte er sich auf die Seite der russischen Regierung, als sie nach der Niederschlagung des Aufstands von 1864 populistische, konterrevolutionäre Bodenreformen in Polen beschloss

dant Knaller“ getauft haben.

2.- Hinsichtlich des Konzepts der Praxis, das Kommandant Knaller verwendet, lohnt es sich zu erwähnen, dass es, soweit uns dies bekannt ist, sich nicht gleichsetzen lässt mit dem Konzept der praktischen Anwendung, d. h. „den Instinkten freien Lauf zu lassen“ (den „natürlichen“, fragen wir uns), sondern ganz im Gegenteil: Die Praxis im anarchistischen Verständnis bezieht sich auf die notwendige Kohärenz zwischen anarchistischen Prinzipien (die es angeblich zu verteidigen gilt) und den individual-kollektiven Praktiken im Alltag. In diesem Spektrum von Praktiken sind selbstverständlich auch die insurrektionalen Aktionen als Ausdruck der legitimen Verteidigung der Völker enthalten, aber sie beschränken sich nicht darauf, noch sind sie zu jedem Zeitpunkt kohärent – was soll schon an diesem Anarchismus „polnisch“ sein? So wie Bakunin und Proudhon ihre Rolle darin gespielt haben, spielten viele Vertreter*innen der polnischen sozialistischen Bewegung ebenfalls wichtig Rollen in der Geschichte des europäischen Sozialismus.

Dieses Land (welches Land wäre das eigentlich in der Föderation von Königreich Polen und Großfürstentum Litauen?) mit einer langen republikanischen Tradition wurde zwischen den reaktionärsten Staaten des damaligen Europa zerissen, daher mussten viele polnische Sozialist*innen entweder ins Exil (vorzugsweise ins schweizerische oder ins französische) oder sich der deutschen/österreichischen oder russischen Bewegung anschließen.

Dennoch versuche ich das Gemeinsame und das Besondere am polnischen Anarchismus wenigstens in groben Zügen, mehr oder weniger thesenhaft zu skizzieren, in der Hoffnung, dass geneigte Leser*innen sich veranlässt fühlen, ihren eigenen spannenden Forschungen nachzugehen.

Mensch könnte zwar wie der Anarchismus-Forscher A. Lanewski¹ den Ursprung des libertären Denkens im Lande bei den sogenannten „Polnischen Brüdern“ (auch Sozinianer oder Ariener genannt) suchen, einer merkwürdigen protestantischen Sekte, die im 14. Jhd. entstand, die Göttlichkeit Jesu verwarf, Abschaffung der Leibergenschaft, Gewaltlosigkeit und die allgemeine Brüderlichkeit forderte. Selbst wenn wir der Religiosität in Polen ihre zweifellos bedeutende Rolle lassen, kann dieser Ansatz den europäischen (in unserem Falle – den polnischen) Anarchismus als revolutionäres Projekt der Aufklärung weder angemessen fassen noch erklären.² Die Ariener waren eben keine Anarchist*innen im engeren Sinne, auch wenn sie in ihrem historischen Kontext wie die Hussiten oder Anabaptisten durchaus revolutionär waren.

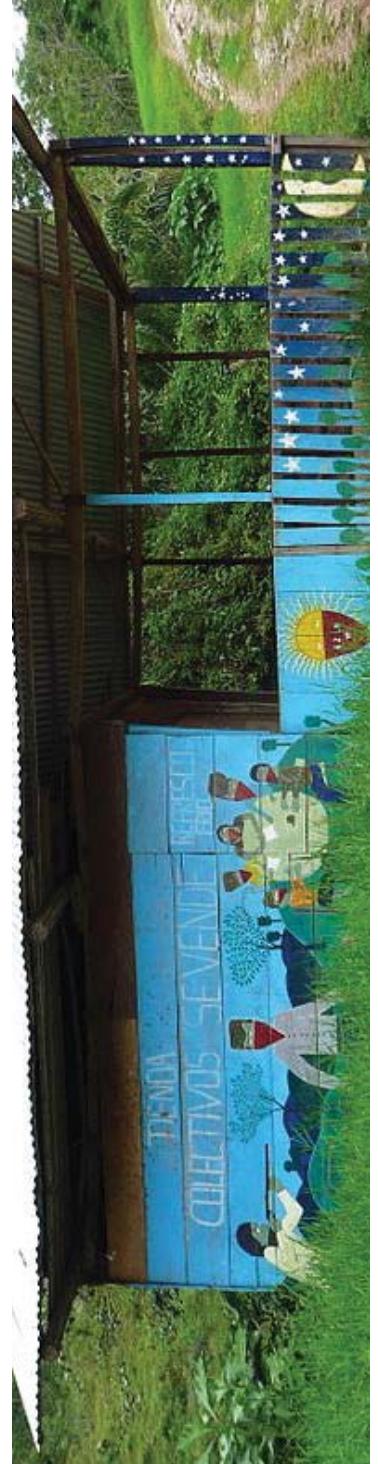
Ebenfalls zu nicht anarchistischen, aber zur demokratisch-republikanischen Tradition gehört die damals einzige politische Verfassheit des polnisch-litauischen Unionstaates. Das polnische Kriegsadel, die sogenannte Szlachta, die sich selber ursprünglich aus dem Bauerntum rekrutierte, erkämpfte sich in zahlreichen Kriegen und innerpolitischen Konflikten Privilegien und schaffte im 14. Jhd., nach dem Aussterben der Jagellonen-Monarchie eine Wahlmonarchie – polnische Könige waren dementsprechend nur noch vom Adel gewählte Repräsentanten des Staates. Die Vertreter der Szlachta waren rechtlich und politisch gleich und ebenbürtig und durften ihre progressive Rolle noch spielen: die

nisse schimpft (typischerweise eine Aneinanderreihung von Geschichten, bei der die Bösen immer die Unterdrückten sind), eignet sich Kommandant K. die Aktionen jener an, die im Laufe der Geschichte der Völker den Widerstand hochgehalten haben, einschließlich der anarchistischen Insurrektionalist*innen, was ein Affront gegenüber all jenen Genoss*innen ist, denen es nicht darum geht, im Lichte der „öffentlichen Meinung“ aufzutreten.

4.- Dass wir zur SEXTA gehören, macht uns weder zu Zapistas, noch nimmt es uns das Anarchisten-Dasein. Kommandant Knaller maßt sich an, für alle Insurrektionalist*innen auf dem ganzen Planeten zu sprechen, in allen Zeitzonen und allen Regionen. Als Anarchist*innen denken wir, ebenso wie die „Neo-Zapatistas“, dass in dieser Welt Platz für viele Welten ist und dass jede und jeder seiner eigenen Form gemäß Widerstand leistet. Jedoch selbstverständlich auf Grundlage kollektiver Prinzipien, weil wir denken, dass diese Prinzipien unserer Erbe für eine bessere Welt darstellen. Wir behaupten nicht, dass das die Errettung der Welt aus dem patriarchal-bürokratischen System darstellt, auch nicht, dass die Zapa-Genoss*innen Anarchist*innen wären, sondern: dass das Genoss*innen sind, mit denen wir zusammenarbeiten können beim Aufbau einer neuen Welt (was sie auch selbst sagen).

Wer sich die Zeit genommen hat, die SEXTA³ zu lesen, wird erkannt haben, dass es den Genoss*innen nicht um neue Anwerbungen oder eine Kooptation geht, sondern, dass sie einfach davon erzählen, wie ihr Kampf gewesen ist, so dass aufgrund der verschiedenen Ähnlichkeit, die wir Unterdrückte miteinander haben, wir zueinander finden, aber niemals dadurch, dass etwas aufkotriert wird. Wir haben diese Maschine namens EZLN, die angeblich massakriert, um Gehorsam zu erzeugen und anderen die ANDERE Politik aufzuerlegen, wie es Kommandant Knaller beschreibt, nie gesehen. Weiß denn der Herr Knaller, dass das EZLN den Völkern Mexikos und der Welt sein Wort gegeben hat, bezüglich des bewaffneten Kampfes?⁴ Wir warten immer noch darauf, dass die Regierung Mexikos die Waffen abgibt. Weiß denn der Herr Knaller, dass das EZLN in keiner Weise über die Politik der pazifistischen Völker bestimmt? Weiß denn der Herr Knaller, dass die EZLN-Zapatistas in ihrer Escuelita⁵ uns mit ihrem Beispiel lehren, mit ihrem Wort, aber nie mit Gewalt? Weiß der Herr Knaller, was ein stadtisches Herr und was ein Volk ist? Er kann ja einfach in „yotuve“⁶ diese furchterregende Luftwaffe des EZLN suchen und er wird sehen, wozu Völker in Würde und Rebellion fähig sind.

5.- Von der Hypergewalterzeugte Gewalt? Aber es existiert doch überhaupt nur die Gewalt des Staates bzw. die von ihm legitimierte, denn [2] Ann. d. Ü: Gemeint ist das Zapatistische Heer für die Nationale Befreiung EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional).
[3] Ann. d. Ü: Das Dokument kann in der vorherigen Gaidao, Ausgabe Nr. 39 nachgelesen werden.
[4] Ann. d. Ü: Eine Chiapas-Solid-Gruppe beschrieb die zapatistische Haltung 2001 so: „Die EZLN hatte immer betont, dass sie eine Armee sei, die das Ziel habe, keine Armee mehr zu sein. Aber erst nach Errichtung eines würdigen Friedens. Bis dahin ist noch ein weiter Weg.“
[5] Ann. d. Ü: Aktuelles Projekt der Zapatistas. Siehe auch den Bericht zur „Escuelita“ in der Gaidao Nr. 34.
[6] Ann. d. Ü: Gemeint ist „yotuve“, übersetzt bedeutet „yotuve“ aber „ich hatte“.



dass sie in diesem Land Gastarbeiter sind; wenn sie ihre politische Aktivitäten weiterhin führen würden, würden sie ihr Gastrecht verlieren.

„Die erste Ausweisung von Wanderarbeitern fand im Steinkohlebergbau in Zonguldak statt. Aufgrund der anarchistischen Ideen, die sie verfochten hatten, wurden drei spanische Bauarbeiter im September 1907 aus dem Land gewiesen.“¹¹

Nicht nur für aktive Arbeiter, für alle Wanderarbeiter wurden ab 1911 die Arbeitsbedingungen durch neue Gesetze extrem erschwert und massenweise vor allem italienische Arbeiter entlassen. Aufgrund der „Tripolis Frage“¹² sollten die Arbeiter des feindlichen Staates nicht in strategisch wichtigen Betrieben angestellt werden. Daraufhin wurden alle italienische Arbeiter in den Krankenhäuser, den osmanischen Häfen und bei den Damaskus-, Hamma- und Bagdad-Bahnhöfen entlassen. Ein Jahr später – diesmal aufgrund des Balkan-Krieges¹³ – wurden österreichische, serbische, bulgarische und griechische Arbeiter entlassen und dazu gezwungen, das Land zu verlassen.

Es besteht kein Zweifel, dass die Ausbreitung der modernen kapitalistischen Strukturen, der Taktiken und des Wortschatzes der europäischen Arbeiterbewegungen zur Entstehung der osmanischen Arbeitnehmerbewegung, zum Selbstverständnis der Arbeiter, ihrer Ziele und Organisationstrategien beigetragen und sie mitgestaltet hat. Aber auch die Erfahrung der Handwerker ist ein wesentlicher Bestandteil der Geschichte der Klassenpolitik. Sie spielten eine führende Rolle in der frühen osmanischen Arbeitsgeschichte. Deshalb liegen die Wurzeln der osmanischen Arbeiterbewegung nicht nur in Europa. Ebenso wie die Gesellschaft ist auch die Geschichte der modernen Arbeiterbewegungen im Nahen Osten komplexer und vielschichtiger, als bisher angenommen wurde.

8.- Es ist nicht an uns, ein Urteil über den fehlenden Nutzen sozialer und politischer Akte der Gegenwart zu fällen, sondern an denjenigen, die später die Verantwortung für das aus der Erinnerung gespeiste Schreiben der Geschichte der Unterdrückten tragen werden. Hier taucht wieder das Ego des Kommandanten Knaller auf, der seine eigene Version der Geschichte schreibt und sie folgendermaßen zum Besten gibt: „die leblosen und unnützen Demos nach dem Motto „Latschen-Skandalen-Rumstehen“. In jedem Fall lässt sich sagen, dass der fehlende Nutzen nicht für immer galt und auch nicht für immer gelten wird, vielmehr erforderte es viele, viele und noch mehr Demos nach dem Motto „Latschen-Skandieren-Rumstehen“, um diesen Zustand überhaupt erst zu erreichen. Etwas anderes ist es natürlich, wenn einige Gruppen (in einem ganz bestimmten Kontext) auf diese Art von Kundgebungen verzichten, d. h., dass wir uns nicht daran beteiligen. Das bedeutet allerdings nicht, dass wir darin einen Ausdruck von Unzufriedenheit entdecken könnten, ebenso wie auch bei dem spontanen und den weniger spontanen Aufständen. Kommandant, wie heißt es doch so schön in unserem Breiten: „Um beim Fischessen gleichzeitig sprechen zu können, muss man sehr vorsichtig sein.“

9.- Es stimmt nicht, dass die Führungsgestalten der Linken verdutzt wären, zumindest soweit wir das lesen können. Denn wir müssen anerkennen, dass wir vor einer Verschärfung der Repression gegen den Anarchismus im Allgemeinen stehen, die vom Staatsapparat forciert wird und sich insbesondere gegen den Insurrektionalismus richtet,. Die Repression wird letztendlich jedoch von jener Mittelklasse legitimiert,

Endnoten

[1] Gleichzeitig gab es auch eine Emigrationsbewegung aus dem Nahen und Mittleren Osten. „Die sinkende Profitabilität der libanesischen Seite nach 1907 und die Weigerung von bürgerlich geprägten Männern, für niedrige Löhne Frauenarbeit in den Seidenstofffabriken zu leisten, sorgte für die Emigration von einigen 100.000 hauptsächlich christlichen Männern zwischen 1884 und dem 1. Weltkrieg. vielleicht nochmal 100.000 Bauern aus dem großsyrischen Raum emigrierten in die beiden Amerikas seit den 1880er Jahren bis zur Einführung des US Immigration Act [Einwanderungsgesetz] von 1921. Parallel Prozesse ließen transnationale Arbeit nach Russland einwandern; ihre Zahl erreichte mit 275.000 im Jahr 1913 ihren Höhepunkt. Etwa 10.000 algerische Berber suchten legal zwischen 1906 und 1914 Arbeit in Frankreich; sehr viele mehr wanderten illegal ein. ... Während des 1. Weltkriegs wurden beinahe 120.000 Algerier angeworben, um in der französischen Industrie zu arbeiten.“ (Bégin 2001, S. 73)

[2] Karakışla 1998

[3] Karpik 2004

[4] Khuri-Makdisi 2010, S. 149

[5] STMA 1988

[6] Yıldırım 2012

[7] Khuri-Makdisi 2010, S. 135

[8] Karakışla 1998

[9] Yıldırım 2013

[10] ebenda

[11] Karpik 2004

[12] gemeint ist der Italienisch-Türkische Krieg 1911/12, den Italien zur Ablenkung von inneren sozialen Problemen und Spannungen angezettelt hatte. Italien forderte 1911 die Abtreibung der osmanischen Provinzen Tripolitanien, Dodekanes und Cyrenaika (das heutige Libyen) und hatte, nachdem die türkische Regierung dies verweigerte, dem Osmanischen Reich am 29. September den Krieg erklärt.

Das Osmanische Reich wurde geschlagen und musste im Vertrag von Ouchy die Annexion der libyschen Provinzen durch Italien akzeptieren. Die Bevölkerung der neuen italienischen Kolonie führte einen zähen Guerrillakrieg gegen die Besatzer, den diese mit Massakern unter der Zivilbevölkerung beantworteten, ohne eine Entscheidung erzwingen zu können. Erst der italienische Faschismus unter Benito Mussolini konnte in einem zehnjährigen Krieg, unter Einsatz von Giftgas und der Deportation von 100.000 Menschen in Konzentrationslager in der Wüste (von denen etwa die Hälfte umkam), die Kolonie 1932 befreien.

[13] Die militärische Schwäche des Osmanischen Reiches, die durch den Krieg mit Italien (s.o.) offenbar geworden war, veranlasste eine Koalition der Balkan-Staaten Serbien, Montenegro, Bulgarien und Griechenland, die Türkei anzugreifen und sie aus dem Balkan zu vertreiben (1. Balkankrieg, Oktober 1912 – Mai 1913; die Verteilung der Beute führte zum Krieg zwischen Bulgarien einerseits und Serbien und Griechenland andererseits; letzteren schlossen sich noch Rumänien und das Osmanische Reich an. Bulgarien verlor durch den Krieg fast sämtliche Eroberungen des ersten Balkankrieges, während das Osmanische Reich die Gebiete zurückerobern konnte, die bis heute die europäische Türkei bilden (2. Balkankrieg, Juni – August 1913).

Autor: Cemal Selbuz (Dank an Peter Teichert Köster für das Lektorat dieses Beitrags)

sein Monopol auf Repression ist doch eine seiner grundlegenden Eigenschaften. Und davon können die surrektionalistischen Genoss*innen ein Liedchen singen, ganz zu schweigen von den zapatistischen Genoss*innen. Das Volk hat, Kommandant Knaller, als Leitspruch „Keine Aggression ohne Antwort, angesichts von Repression: legitime Verteidigung...“ Sie unterstützen so den medialen Diskurs, der die Bevölkerung beschwindelt, indem er die Gewalt den Anarchist*innen zuschreibt. Wir sagen stattdessen, dass diese Gewalt vom Staat und der Parteienkratie ausgeht, dass die Gewalt immer von oben kommt. Das ist die Grundlage der Revolte, der Rebellion, der Revolution: „Für uns befindet sich der Unterdrückte immer in einem Zustand der legitimen Verteidigung und hat stets das volle Recht, sich zu erheben“, Malatesta, „Fede“, 28. Oktober 1923 (der dem Knalleristen zufolge sein Cheftheoretiker ist). Das einzige „Hyper“, das wir gefunden haben, lag in seiner unterirdischen Verwendung der Sprache, in der Überhöhung des medialen Diskurses und im Ego des Knalleristen.

6.- Diese positivistische Vision der Revolte, die der Kommandant Knaller verwendet und überhöht, legt den Anarchismus auf einen Kampf zwischen Insurrektionalist*innen und der medialen Verbreitung des Plattformismus fest. Und wo wir schon bei Benennungen sind, Knaller, dieses Gerede von „Anarchist*innen, die keine sind“ dient doch nur dazu, das Argument zu unterfüttern, die anarchistische Bewegung sei unterwandert, und um unbegründete Anschuldigungen anzubringen. Angesichts dessen, dass für Sie der Anarchismus mit Cocktails⁷ gleichzusetzen ist und dort auch bereits aufhört, oder um zu vermeiden, sich dazu zu äußern, dass der Plattformismus wiederstärkt ist (was auf den bürokratischen Apparat und die Massenmanipulationsmedien zurückgeht).

7.- Uns fällt die Verwendung und der Missbrauch von Begriffen wie „Erhöhung“, „Ausdehnung“ und „Erweiterung“ – in Bezug auf den Anarchismus – durch Kommandant Knaller auf. Wir weisen an dieser Stelle erneut darauf hin, dass der Kommandant (was er wohl tatsächlich gerne wäre) hier eher auf ureigene Begrifflichkeiten der instrumentellen, kapitalistischen Logik zurückgreift, denn auf den Kern der substantiellen Logik, die dem anarchistischen Ideal zu Eigen ist. Auch ist das Einzige, was uns in den Sinn kommt, wenn Knaller das Wort der zapatistischen

[7] Ann. d. Ü.: Gemeint sind Molotov-Cocktails.



Izmit Bahnhlinie traten mit den einheimischen Arbeiter zusammen in den Streik. Bei diesen Streiks hatten die Kämpfe der Wanderarbeiter große Auswirkung auf die lokalen Arbeiter. Im Jahr 1873 streikten hun-derte Wanderarbeiter und Einheimische auf der Kasimpasa-Werft zu-sammen eine Wochen lang. Erst im Jahr 1875 erreichte die Anzahl der Streikenden die Tausend.⁵

1876 war ein Jahr der Arbeiterkämpfe im Herzen des osmanischen Reiches. Allein in Istanbul streikten die unterschiedlich ethnischen Arbeiter in den Textil- und Munitionsfabriken, bei der Straßenbahn und Eisenbahnen. Während der Streiks haben Arbeiter auch Massen-demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt. Die Textilarbeiter in Izmir haben im osmanischen Reich das erste Organisationskomitee gebildet (og.). Auch im Jahr 1877 haben sich Tausende von Arbeitern an der Streikwelle beteiligt. Die ab 1878 zunehmende Repression des Staates hat dann den Kampf der Arbeiter massiv eingeschränkt, weshalb diese in den folgenden Jahren nur selten in den Streik traten.

Nach etlichen harten Jahren und dem Angriff des Sultans auf die Ar-beiterklasse, ist im Jahr 1902 ein rasanter Anstieg der Kampfust der Arbeiter zu verzeichnen. Die Arbeiterbewegung wurde zunehmend ra-dikalier. Die durch einen Staatsstreich 1908 eingeführte konstitutionelle Monarchie auf populärer Basis (die zweite osmanischen Verfassungs-peiode) und ein weiterer Industrialisierungsschub führten zu einer neu-en Streikwelle. Von Juli bis Dezember 1908 zählte man 143 Streiks mit 100.000 Beteiligten.⁶

Bei dieser Streikwelle spielten Eisenbahn-Arbeiter, Werftarbeiter und Tabakarbeiter eine zentrale Rolle. Die Hälfte der Streiks des Jahres 1908 fand in den beiden großen osmanischen Städten Istanbul und Salomiki statt.

„Zwischen 1870-1908 zählte man rund 50 Streiks; ab 1902, mit den neuen sozialen Kämpfen der Arbeiter, ist die Streikwelle um ein Vielfaches ge-stiegen. Kurz nach der Jungtürkischen Revolution (1908) beteiligten sich – vor allem in Istanbul, Thessaloniki und Izmir – etwa 100.000 Arbeiter.“⁷

1908 hat eine doppelte Bedeutung für die Historiker der Arbeiterbewe-gung. Erstens: die einsetzende Pressefreiheit bietet Informationen über Arbeiter-Prozessionen, -Petitionen und -Perspektiven, die vorher ein-fach nicht in den offiziellen Dokumenten zu finden waren. Die Zeitun-gen konnten auch Ankündigungen der Organisationsstreffen der Arbei-ter publizieren sowie über Demonstrationen und Proteste berichten. Die zweite Bedeutung des Juli 1908: Osmanische (und ausländische) Arbeiter hatten die revolutionäre Lösung beim Wort genommen, dass „Freiheit“ das Recht enthält, sich zu organisieren und zu streiken. Daher sind in-diesen Monaten zahlreiche Gewerkschaften und Syndikate gegründet wur-den. Je mehr die Arbeiter für ihre Rechte radikale Kämpfe führten, desto brutaler wurde der Staat: Bei einem Streik auf der Aydin-Bahn wurde bei Auseinandersetzungen mit dem Militär ein Arbeiter getötet, und mehr-re wurden verletzt. Während der Streiks in den Kohlebergwerken in Eregli hatten Arbeiter mehrere Lokomotiven zerstört; später wurden sie durch vom Staat unterstützte Streikbrecher zusammengeschlagen.

In der Arbeiterbewegung und ihren Organisationen haben nicht nur die Wanderarbeiter, sondern auch ethnische Volksgruppen wie Arme-nier, Griechen und Bulgaren eine große Rolle gespielt. Vor 1908 ward die Gewerkschaftsbewegung sehr schwach, fast nicht existent. Die ersten Organisationen, die von den Wanderarbeitern in Istanbul und einigen nicht-muslimischen, bürgerlichen, osmanischen Intellektuellen gegrün-det wurden, waren Hilfsgesellschaften wie der italienische Arbeiter-Verein (1866, *La Società Italiana Operaia*), die Freunde der Arbeit (1866, *Amis du Travail*); die Vereinigung Omenia, ein Wohlfahrtsverein für alle sozial bedürftigen Menschen, wurde 1866 von den griechischen Arbeitern gegründet, schließlich 1871 die Arbeiterwohltätigkeitsgesell-schaft (*Amele Perver*).⁸

Angesichts der sich immer weiter verschlechternden Arbeitsbedin-gungen zum Ende des 19. Jahrhunderts hin, haben die italienischen Wanderarbeiter im Jahre 1882 den ersten Wanderarbeiter-Verein in Konstantinopel gegründet. Der Verein vertrat ihre Forderungen nach sozialen Verbesserungen. Nach dem Vorbild des italienischen Arbeiter-vereins wurden von den Wanderarbeitern in verschiedenen Betrieben Arbeitervereine gegründet, etwa auf ethlichen Bahnhöfen der Rumeli Eisenbahngesellschaft. Der Arbeiterverein des Yedikule-Bahnhofs, *Kardeslik* (Bruderschaft), hatte beispielsweise 103 Mitglieder.⁹ Bis 1900 wurden sowohl von Wanderarbeitern, als auch von Einheimischen ver-schiedene Arbeitervereine gegründet.

Im Jahre 1895 fand die Gründung der ersten gewerkschaftlichen Ar-beiterorganisation, *Osmalî Ameli Cemiyeti* (Osmannischer Arbeiterver-ein), statt. Diese Organisation wurde nach einem Jahr verboten, und einige ihrer Mitbegründer wurde verhaftet oder flohen ins Ausland. Sechs Jahre später, 1901, entstand in Kavala als gewerkschaftliche Orga-nisation *Türüm Ameliği Saadet Cemiyeti*, um die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen der wachsenden Zahl der Industriearbeiter zu ver-bessern. An den 1905 von der Vereinigung ausgerufenen Streiks haben sich 10.000 Tabakarbeiter beteiligt und eine große Wirkung erzielt.¹⁰ Die erste gewerkschaftliche Vereinigung der Bahnarbeiter wurde 1907 auf der *Yanbolu – Sarımbey* Linie der Orientbahn gegründet. Kurz da-nach (1908) haben die Bergarbeiter gewerkschaftlich kämpfende Vereine gegründet. Die Arbeiterbewegung entwickelte sich im Laufe der Verfas-sungsperiode 1908 deutlicher, die Arbeiter streikten öfter und radikaler, und fast in jeder Branche wurden gewerkschaftliche und kämpfende Organisationen ins Leben gerufen.

Nach den großen Streikwellen und der organisatorischen Tätigkeit der Wanderarbeiter, wurden diese Zielscheiben der osmanischen Si-cherheitskräfte. Sie wurden erst als Streikbrecher gegen Einheimische ausgespielt, und schließlich wurden politisch aktive Wanderarbeiter für jede Organisation und jeden Streik verantwortlich gemacht. Sultan Abdu-lhamid II. wollte 1891 jeglichen Kontakt der, für den Bau der Bahnlinie zwischen Thessaloniki und Monstra aus Italien geholten, Arbeiter zu dem Verein, der 1882 von italienischen Wanderbrietern gegründet worden war, verhindern. Auch Polizeichef Sami Pascha hat, aufgrund des anatolischen Eisenbahner-Streiks (1909), die Wanderarbeiter mehr-mals vor ernsthaften Konsequenzen gewarnt und darauf hingewiesen,

die sich links schimpft (links = empört, weil sie jetzt auch von Armut betroffen ist). Gleichzeitig wird der Plattformismus gestärkt und als ein-ziger „Anarchismus“ propagiert, der perfekt in die aktuelle Zeit passt (denn auch hier sei gesagt: alle, wirklich alle Mitglieder der Plattform sehen sich als links und Teil der Mittelklasse an).

10.- Von der Revolte zur Rebellion und von dort zur sozialen Revolution ist es mehr als nur einen Schritt, Knaller. Gerade dieser Weg, so sehen wir das jedenfalls in unserer Gruppe, kann nicht allein auf Grundlage symbolischer Aktionen des Aufstands vollzogen werden – einfach nur mit einem (Molotov)-Cocktail nämlich. Aus unserer Perspektive ist der Aufbau widerständiger Räume ebenso unverzichtbar: Die Zerstörung der herrschenden Ordnung soll mit dem Aufbau einer neuen Welt ein-hergehen – oder wie die Zapatistas zu sagen pflegen – vieler anderer Welten. Oder geht es euch nur um die Fortsetzung der Zerstörung, die bereits vom patriarchal-bürokratischen-eurozentristisch-kapitalisti-schen System durchgeführt wird? Zerstören um aufzubauen, um etwas Neues anstelle des Alten zu errichten, beide Elemente müssen gleich-zeitig und komplementär zueinander vorangetrieben werden. Noch hat es kein Volk gegeben, dass von Cocktails allein hat überleben können.

11.- Affinität entsteht nicht einfach spontan und noch weniger durch Osmose – es ist die Organisierung von unten, die den Anarchismus prägt. Soziale Beziehungen entstehen nicht zufällig und schicksalhaft, sie werden aufbauend auf der Vorstellungskraft und der Erinnerung bis hin zur Praxis und zurück geschaffen. Die Behauptung, wonach ein Anarchismus ohne Organisierung möglich sei, auf Grundlage eines Hyperindividualismus, stellt lediglich eine Verzerrung des Mottoes „Wir sind stark in der solidarischen Einsamkeit der Gruppe“. Die kollekti-ve Anrufung, die am Ende der Predigt des Kommandant Knaller steht (Versammelt euch um mich, der euch zur Freiheit führen wird), die Ver-teidigung der Sabotageakte und der Klandestinität belegen die Sinnlosigkeit des angeblichen individualistischen Anarchismus. Selbst das Hyper-Ego des Knalleristen bedarf einer Bestätigung durch Andere.

12.- Dafürüber, was politisch ist, lässt sich aus unserer Sicht sagen, dass – genauso wie wir uns im heutigen Anarchismus Konzepte wie die „Ordnung“ aneignen (wobei wir festhalten sollten, dass die aktuelle Situation eigentlich nur als „etablierte Unordnung“ bezeichnet werden könnte) – wir uns dem widersetzen, die von den Parteienkriatie besetz-ten Räume als politisch zu bezeichnen. Es ist die Anarchie, die sich als politisch begreift. Sie nimmt sich des Kampfes der Völker an, als ein-zig wirklich politischer Raum. Aber natürlich handelt es sich um eine ganz, ganz ANDERE Politik als jene, die Staat und Kapital postulieren.

Es handelt sich um eine Politik – wie die zapatistischen Genoss*innen sagen würden – der Leute von unten, d. h., wir widersetzen uns der Gleichgültigkeit und dem Avantgarde-Gedanken, und deswegen unterstützen wir die Selbstorganisierung der Völker, insbesondere dann, wenn sie sich der würdevollsten aller Handlungen widmen – nämlich

[B] Ann. d. Ü: Im spanischsprachigen Original ist das Wort *doppeldeutig*. Es bezeichnet sowohl eine Person, die sich sehr aufplustert bzw. mit Federn schmückt.

dem Treffen ihrer eigenen Entscheidungen.

13.- Unser bereits bekannter Kommandant behauptet, seine großar-tige „Anarchismus“ propagiert, der perfekt in die aktuelle Zeit passt (denn auch hier sei gesagt: alle, wirklich alle Mitglieder der Plattform sind sich als links und Teil der Mittelklasse an).

„Showgirl“ und „Schröberling“⁸. Anscheinend ist Knaller der echte Komödiant (vielleicht auch der Grund, warum er überall sonst lautet Komödiant*innen sieht, denn genauso wie er seine eigene Version der Geschichte und des Anarchismus in petto hat, denkt er auch, dass der Anarchismus eine Sache von Männern ist, echter Männer versteht sich, weil das Ziel ganz klar darin besteht, möglichst viele Bullenärsche pro Stunde treten zu können (es geht um befriedende Effizienz und viel Tes-tosteron, so der Kommandant).

14.- Begrenzen die Zapatistas ihren Diskurs auf bestimmte Sektoren? „Wir rufen alle dazu auf, nicht zu träumen, sondern etwas viel sim-pleres und entschiedeneres zu tun. Wir rufen alle dazu auf, aufzuwu-chsen.“ Wenn Kommandant Knaller sich nicht von der Einladung der Zapa-Genoss*innen angesprochen fühlt – und das ist wohl einer der widersprüchlichsten Punkte seiner Predigt –, warum dann diese end-losen Beleidigungen und Anschuldigungen, die er gegen die Zapatistas loslässt, gegen die Anarchist*innen in der SEXTA und das Publikum im Allgemeinen? Liegt es vielleicht daran, dass der Knallerist es nicht für angebracht hält, dass Anarchist*innen sich an der SEXTA beteiligen, oder – im Gegenteil – weil er mit diesem Aufruf seine selbstklär-te „Hegemonie“ über die surrettionalistische Bewegung gefährdet sieht?

15.- Kommandant Knaller ist nichts Anderes als ein Autoritärer, der sich aus einem Trend heraus für insurettionalistisch erklärt und sich diesen Kampf aneignet (in seinem ewigen Historizismus hat ihn das Schleudern eines Molotovs in einen Märtyrer verwandelt, einen Theoretiker und Patriarch des anarchistischen Kampfes). In diesem Sinne schließt er – am Ende seiner „Ode an das Zündholz“ – die Möglichkeit einer Antwort aus, eines fundamentalen anarchistischen Prinzips, der Kritik und der Debatte. Auf gleiche Weise geht dieser Anführer des Zündholz, der Positionen nie abzuwagen braucht, dazu über, Avantgar-de-Bestrebungen zu kritisieren, nur um direkt danach sich selbst als „den Funken, der die Prärie entzünden wird“ zu definieren. Wir haben unsere Zweifel, ob Kommandant Knaller in der Lage wäre, den aktu-ellen Zustand der Menschheit zu erklären, ohne sich auf alle und jeden einzelnen der vorhergehenden Momente in diesem langen Widerstand von 500 Jahren zu beziehen.

16.- Kommandant Knaller überspringt locker und leicht das originäre Problem der Entstehung von Gesetzen und verfällt dadurch auf den Unsinn, eine Gesellschaft ohne Prinzipien fordern zu wollen, in der je-des individualistische Handeln per se legitim ist. Unserem Verständnis nach geht es allerdings darum, die Inhalte und Prozesse zu hinterfra- - - - -

[B] Ann. d. Ü: Im spanischsprachigen Original ist das Wort *doppeldeutig*. Es bezeichnet sowohl eine Person, die sich sehr aufplustert bzw. mit Federn schmückt.



Wanderarbeiter und italienische Anarchisten im Osmanischen Reich

(1870-1912)
★ Cemal Selbuz

gen, die uns dazu bringen, ein Lebensprinzip als legitim zu fordern, egal, wie dieses aussehen möge – denn was wäre sonst das Ziel unseres Kampfes? Wenn wir dem Gedankengang jenes Befreiers folgen – wären dann also die Praktiken, die Kapitalist*innen in ihrem „Privatleben“ entfallen, legitim? Es scheint notwendig, die soziale Auflösung in per-sonan zu erleben, die der Konsum und die Drogen des Kapitalismus erzeugen, um zu verstehen, dass diese im Widerstand nicht als akzeptabel gelten können, sprich für diejenigen, die beim Aufbau einer neuen Welt mitarbeiten möchten. Und hier treffen wir auf die inakzeptable hyper-individualistische These, dass „ich doch niemandem schade“.¹⁷

17.- Das Problem der „machiavellischen Maxime“, wonach „der Feind meines Feindes mein Freund ist“ wird nicht dadurch überwunden, dass wir feststellen, dass „der Feind meines Feindes ebenfalls mein Feind sein kann“, weil es hier nicht um die Diskussion über einen möglichen militärischen Sieg geht, da wir hier alle verlieren – worauf die Zapatistas richtigerweise hinweisen. Worum es also geht, meinen wir zumindest, ist jene, die für die Autonomie der Völker eintreten, von jenen unterscheiden zu können, die für die Herrschaft über diese eintreten. Darin besteht unserer Meinung nach Affinität, nicht einfach in der Aussage: „Hey, mit dem Typ komme ich klar.“ Es geht also darum, Verantwortung für und Kohärenz mit unseren utopischen Ideen festzustellen.

18.- Um sich als Anarchist zu deklarieren, übernimmt Kamerad Knaller – merkwürdigerweise – die These, wonach die Apathie der „Masse“ schuld an allem Übel sei. Eine Argumentation, die exakt der Linie selbstkämpfär Avantgarde-Anhänger*innen folgt. Und offensichtlich sind wir, alle Genoss*innen, die sich als Teil der SEXTA ansehen, sowie alle anderen, die nicht in der Figur des Kommandanten den Weg zur Befreiung inmitten der Herrschaft (*Kommst zu mir und ihr werdet frei sein*) anerkennen, Teil desselben *Lumpens*. Wir allerdings sagen: Jedem*jeder nach seinen*ihrn Möglichkeiten und Verantwortungsgefühl. Der Fall des selbsterklärt Kommandanten Knaller, dem bekannten Anführer der anarchistischen Horden, ist natürlich ganz anders gelagert: Nachdem er die abscheuliche Sterblichkeit überwunden hat, gelang ihm dank des reinigenden Feuers die Verwandlung in einen „sehr freien Geist“. Nun schwelte davon und verlacht uns alle, die wir hier unten sind.

19.- Als er sich schließlich bis zum „ps“ vorgearbeitet hat, ist das aufgeblähte Hyperego in dieser zündelnden Predigt schon gar nicht mehr zu ertragen. Die Ansammlung an Werturteilen, die Kommandant Knaller verschießt und die er als offizielle Version des insurrektionellen Anarchismus zu verkaufen versucht, grenzt beinahe ans Xenophobe: Die Darstellung der Massaker und des Widerstands, die die Völker Lateinamerikas und der Welt während der letzten 521 Jahre vorangtrieben haben, ist also eine „Farce“?

Wir verlangen die sofortige Aufhebung aller Anklagen gegen vom Staat entführte Genoss*innen, da das Recht auf Protest und die Freiheit der

[8] Ann. d. Ü.: Text aus der „Vierten Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald“ (1996). Auch Teil eines bekannten Lieds von Manu Chao.

Gedanken nicht kriminalisiert werden dürfen!
Wir verlangen den sofortigen Stopp aller Angriffe gegen die widerständigen zapatistischen Gemeinschaften!

Wir verlangen ein Ende der manipulierten Fälle, die nur darauf abzielen, die Repression gegen das Volk zu legitimieren und Angst und Schrecken in der Bevölkerung zu verbreiten!

Wir verlangen ein sofortiges Ende des internationalen Projekts zur Kriminalisierung von sozialen Bewegungen!

Wir verlangen ein Ende der politischen Verfolgung der Bevölkerung, die für ihre Rechte kämpft!
Wir verlangen ein sofortiges Ende des internationalen Projekts zur Kriminalisierung von sozialen Bewegungen!

Hoch leben alle, die kämpfen!
Hoch lebe das organisierte Volk!

Unterkunft, Land, Arbeit, Brot, Gesundheit, Unabhängigkeit, Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden. Das waren unsere Forderungen in der langen Nacht der 500 Jahre. Das sind, heute noch immer, unsere Forderungen.⁹

Widerstand und Autonomie!
¡No pasaran!
Brüder und Schwestern, seid gegrüßt!

Azamblea del Pueblo
San José, Costa Rica, Mittelamerika, Planet Erde.
Jahr 521 des Widerstands.

Der Wirtschaftskrise der Jahre 1845-1848 und die folgenden politischen Aufstände und Kriege veranlasste viele, West- und Mitteleuropa zu verlassen. In einer zweiten Welle der Arbeitsmigration zwischen 1870 und 1890 störmten Arbeiter aus dem Balkan, Italien und Spanien nach Ägypten, Nordafrika und Anatolien. Obwohl die über hundertjährige Arbeitermigration nicht nur in eine Richtung abließ, wird im 19. und frühen 20. Jahrhundert die Geschichte der Migration meistens von Süden nach Norden beschrieben. Wohingegen eine bedeutende Anzahl von Arbeitern, politischen Exilanten und Anarchisten aus West- und Mitteleuropa nach dem östlichen Mittelmeerraum, vor allem in die großen osmanischen Städte wie Saloniki, Izmir und Konstantinopel bzw. Istanbul, wanderten (1907 gab es im osmanischen Reich 35.000 Wanderarbeiter aus Italien und Deutschland).¹ Große Teile dieser Arbeiter wurden in den großen Infrastrukturprojekten wie Häfen, Bergbau und dem Bau von Eisenbahnlinien eingesetzt. Die, meistens aus dem Industriearbeitermilieu stammenden, Arbeiter standen an der Spitze bei der Mobilisierung ihrer Kollegen für kollektives Handeln, Streiks, aber auch beim Verfassen von Aufsätzen und Berichten für Zeitungen – und die manifeste Förderung der sozialistischen, anarchistischen und anarchosyndikalistischen Ideen.

Die ersten umfassenden Protestbewegungen von Arbeitern im osmanischen Reich, die vom Staat massiv unterdrückt wurden, waren die Maschinentürmer. Im Jahre 1839 rebellierten ArbeiterInnen der Dobrikjokeolov-Werke in Slevne gegen die neuen Maschinen, die in die Fabrik gebracht wurden, denn sie dachten, dass sie ihren Job verlieren würden. 1851 versuchte eine Textilarbeiterin bei Samakov, einen mechanischen Textilkamm zu brechen und hörte erst damit auf, nachdem ihr verspro-

Gedanken nicht kriminalisiert werden dürfen!
Wir verlangen den sofortigen Stopp aller Angriffe gegen die widerständigen zapatistischen Gemeinschaften!

Wir verlangen ein Ende der manipulierten Fälle, die nur darauf abzielen, die Repression gegen das Volk zu legitimieren und Angst und Schrecken in der Bevölkerung zu verbreiten!

Wir verlangen ein sofortiges Ende des internationalen Projekts zur Kriminalisierung von sozialen Bewegungen!

Wir verlangen ein Ende der politischen Verfolgung der Bevölkerung, die für ihre Rechte kämpft!
Wir verlangen ein sofortiges Ende des internationalen Projekts zur Kriminalisierung von sozialen Bewegungen!

Hoch leben alle, die kämpfen!

Hoch lebe das organisierte Volk!

Unterkunft, Land, Arbeit, Brot, Gesundheit, Unabhängigkeit, Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden. Das waren unsere Forderungen in der langen Nacht der 500 Jahre. Das sind, heute noch immer, unsere Forderungen.⁹

Widerstand und Autonomie!
¡No pasaran!
Brüder und Schwestern, seid gegrüßt!

Azamblea del Pueblo
San José, Costa Rica, Mittelamerika, Planet Erde.
Jahr 521 des Widerstands.

Der Wirtschaftskrise der Jahre 1845-1848 und die folgenden politischen Aufstände und Kriege veranlasste viele, West- und Mitteleuropa zu verlassen. In einer zweiten Welle der Arbeitsmigration zwischen 1870 und 1890 störmten Arbeiter aus dem Balkan, Italien und Spanien nach Ägypten, Nordafrika und Anatolien. Obwohl die über hundertjährige Arbeitermigration nicht nur in eine Richtung abließ, wird im 19. und frühen 20. Jahrhundert die Geschichte der Migration meistens von Süden nach Norden beschrieben. Wohingegen eine bedeutende Anzahl von Arbeitern, politischen Exilanten und Anarchisten aus West- und Mitteleuropa nach dem östlichen Mittelmeerraum, vor allem in die großen osmanischen Städte wie Saloniki, Izmir und Konstantinopel bzw. Istanbul, wanderten (1907 gab es im osmanischen Reich 35.000 Wanderarbeiter aus Italien und Deutschland).¹ Große Teile dieser Arbeiter wurden in den großen Infrastrukturprojekten wie Häfen, Bergbau und dem Bau von Eisenbahnlinien eingesetzt. Die, meistens aus dem Industriearbeitermilieu stammenden, Arbeiter standen an der Spitze bei der Mobilisierung ihrer Kollegen für kollektives Handeln, Streiks, aber auch beim Verfassen von Aufsätzen und Berichten für Zeitungen – und die manifeste Förderung der sozialistischen, anarchistischen und anarcho-syndikalistischen Ideen.

Die ersten umfassenden Protestbewegungen von Arbeitern im osmanischen Reich, die vom Staat massiv unterdrückt wurden, waren die Maschinentürmer. Im Jahre 1839 rebellierten ArbeiterInnen der Dobrikjokeolov-Werke in Slevne gegen die neuen Maschinen, die in die Fabrik gebracht wurden, denn sie dachten, dass sie ihren Job verlieren würden. 1851 versuchte eine Textilarbeiterin bei Samakov, einen mechanischen Textilkamm zu brechen und hörte erst damit auf, nachdem ihr verspro-

Gedanken nicht kriminalisiert werden dürfen!
Wir verlangen den sofortigen Stopp aller Angriffe gegen die widerständigen zapatistischen Gemeinschaften!

Wir verlangen ein Ende der manipulierten Fälle, die nur darauf abzielen, die Repression gegen das Volk zu legitimieren und Angst und Schrecken in der Bevölkerung zu verbreiten!

Wir verlangen ein sofortiges Ende des internationalen Projekts zur Kriminalisierung von sozialen Bewegungen!

Wir verlangen ein Ende der politischen Verfolgung der Bevölkerung, die für ihre Rechte kämpft!
Wir verlangen ein sofortiges Ende des internationalen Projekts zur Kriminalisierung von sozialen Bewegungen!

Hoch leben alle, die kämpfen!

Hoch lebe das organisierte Volk!

Unterkunft, Land, Arbeit, Brot, Gesundheit, Unabhängigkeit, Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden. Das waren unsere Forderungen in der langen Nacht der 500 Jahre. Das sind, heute noch immer, unsere Forderungen.⁹

Widerstand und Autonomie!
¡No pasaran!
Brüder und Schwestern, seid gegrüßt!

Azamblea del Pueblo
San José, Costa Rica, Mittelamerika, Planet Erde.
Jahr 521 des Widerstands.

Der Wirtschaftskrise der Jahre 1845-1848 und die folgenden politischen Aufstände und Kriege veranlasste viele, West- und Mitteleuropa zu verlassen. In einer zweiten Welle der Arbeitsmigration zwischen 1870 und 1890 störmten Arbeiter aus dem Balkan, Italien und Spanien nach Ägypten, Nordafrika und Anatolien. Obwohl die über hundertjährige Arbeitermigration nicht nur in eine Richtung abließ, wird im 19. und frühen 20. Jahrhundert die Geschichte der Migration meistens von Süden nach Norden beschrieben. Wohingegen eine bedeutende Anzahl von Arbeitern, politischen Exilanten und Anarchisten aus West- und Mitteleuropa nach dem östlichen Mittelmeerraum, vor allem in die großen osmanischen Städte wie Saloniki, Izmir und Konstantinopel bzw. Istanbul, wanderten (1907 gab es im osmanischen Reich 35.000 Wanderarbeiter aus Italien und Deutschland).¹ Große Teile dieser Arbeiter wurden in den großen Infrastrukturprojekten wie Häfen, Bergbau und dem Bau von Eisenbahnlinien eingesetzt. Die, meistens aus dem Industriearbeitermilieu stammenden, Arbeiter standen an der Spitze bei der Mobilisierung ihrer Kollegen für kollektives Handeln, Streiks, aber auch beim Verfassen von Aufsätzen und Berichten für Zeitungen – und die manifeste Förderung der sozialistischen, anarchistischen und anarcho-syndikalistischen Ideen.

Die ersten umfassenden Protestbewegungen von Arbeitern im osmanischen Reich, die vom Staat massiv unterdrückt wurden, waren die Maschinentürmer. Im Jahre 1839 rebellierten ArbeiterInnen der Dobrikjokeolov-Werke in Slevne gegen die neuen Maschinen, die in die Fabrik gebracht wurden, denn sie dachten, dass sie ihren Job verlieren würden. 1851 versuchte eine Textilarbeiterin bei Samakov, einen mechanischen Textilkamm zu brechen und hörte erst damit auf, nachdem ihr verspro-

Gedanken nicht kriminalisiert werden dürfen!
Wir verlangen den sofortigen Stopp aller Angriffe gegen die widerständigen zapatistischen Gemeinschaften!

Wir verlangen ein Ende der manipulierten Fälle, die nur darauf abzielen, die Repression gegen das Volk zu legitimieren und Angst und Schrecken in der Bevölkerung zu verbreiten!

Wir verlangen ein sofortiges Ende des internationalen Projekts zur Kriminalisierung von sozialen Bewegungen!

Wir verlangen ein Ende der politischen Verfolgung der Bevölkerung, die für ihre Rechte kämpft!
Wir verlangen ein sofortiges Ende des internationalen Projekts zur Kriminalisierung von sozialen Bewegungen!

Hoch leben alle, die kämpfen!

Hoch lebe das organisierte Volk!

Unterkunft, Land, Arbeit, Brot, Gesundheit, Unabhängigkeit, Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden. Das waren unsere Forderungen in der langen Nacht der 500 Jahre. Das sind, heute noch immer, unsere Forderungen.⁹

Widerstand und Autonomie!
¡No pasaran!
Brüder und Schwestern, seid gegrüßt!

Azamblea del Pueblo
San José, Costa Rica, Mittelamerika, Planet Erde.
Jahr 521 des Widerstands.

Der Wirtschaftskrise der Jahre 1845-1848 und die folgenden politischen Aufstände und Kriege veranlasste viele, West- und Mitteleuropa zu verlassen. In einer zweiten Welle der Arbeitsmigration zwischen 1870 und 1890 störmten Arbeiter aus dem Balkan, Italien und Spanien nach Ägypten, Nordafrika und Anatolien. Obwohl die über hundertjährige Arbeitermigration nicht nur in eine Richtung abließ, wird im 19. und frühen 20. Jahrhundert die Geschichte der Migration meistens von Süden nach Norden beschrieben. Wohingegen eine bedeutende Anzahl von Arbeitern, politischen Exilanten und Anarchisten aus West- und Mitteleuropa nach dem östlichen Mittelmeerraum, vor allem in die großen osmanischen Städte wie Saloniki, Izmir und Konstantinopel bzw. Istanbul, wanderten (1907 gab es im osmanischen Reich 35.000 Wanderarbeiter aus Italien und Deutschland).¹ Große Teile dieser Arbeiter wurden in den großen Infrastrukturprojekten wie Häfen, Bergbau und dem Bau von Eisenbahnlinien eingesetzt. Die, meistens aus dem Industriearbeitermilieu stammenden, Arbeiter standen an der Spitze bei der Mobilisierung ihrer Kollegen für kollektives Handeln, Streiks, aber auch beim Verfassen von Aufsätzen und Berichten für Zeitungen – und die manifeste Förderung der sozialistischen, anarchistischen und anarcho-syndikalistischen Ideen.

Die ersten umfassenden Protestbewegungen von Arbeitern im osmanischen Reich, die vom Staat massiv unterdrückt wurden, waren die Maschinentürmer. Im Jahre 1839 rebellierten ArbeiterInnen der Dobrikjokeolov-Werke in Slevne gegen die neuen Maschinen, die in die Fabrik gebracht wurden, denn sie dachten, dass sie ihren Job verlieren würden. 1851 versuchte eine Textilarbeiterin bei Samakov, einen mechanischen Textilkamm zu brechen und hörte erst damit auf, nachdem ihr verspro-

Gedanken nicht kriminalisiert werden dürfen!
Wir verlangen den sofortigen Stopp aller Angriffe gegen die widerständigen zapatistischen Gemeinschaften!

Wir verlangen ein Ende der manipulierten Fälle, die nur darauf abzielen, die Repression gegen das Volk zu legitimieren und Angst und Schrecken in der Bevölkerung zu verbreiten!

Wir verlangen ein sofortiges Ende des internationalen Projekts zur Kriminalisierung von sozialen Bewegungen!

Wir verlangen ein Ende der politischen Verfolgung der Bevölkerung, die für ihre Rechte kämpft!
Wir verlangen ein sofortiges Ende des internationalen Projekts zur Kriminalisierung von sozialen Bewegungen!

Hoch leben alle, die kämpfen!

Hoch lebe das organisierte Volk!

Unterkunft, Land, Arbeit, Brot, Gesundheit, Unabhängigkeit, Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden. Das waren unsere Forderungen in der langen Nacht der 500 Jahre. Das sind, heute noch immer, unsere Forderungen.⁹

Widerstand und Autonomie!
¡No pasaran!
Brüder und Schwestern, seid gegrüßt!

Azamblea del Pueblo
San José, Costa Rica, Mittelamerika, Planet Erde.
Jahr 521 des Widerstands.

Der Wirtschaftskrise der Jahre 1845-1848 und die folgenden politischen Aufstände und Kriege veranlasste viele, West- und Mitteleuropa zu verlassen. In einer zweiten Welle der Arbeitsmigration zwischen 1870 und 1890 störmten Arbeiter aus dem Balkan, Italien und Spanien nach Ägypten, Nordafrika und Anatolien. Obwohl die über hundertjährige Arbeitermigration nicht nur in eine Richtung abließ, wird im 19. und frühen 20. Jahrhundert die Geschichte der Migration meistens von Süden nach Norden beschrieben. Wohingegen eine bedeutende Anzahl von Arbeitern, politischen Exilanten und Anarchisten aus West- und Mitteleuropa nach dem östlichen Mittelmeerraum, vor allem in die großen osmanischen Städte wie Saloniki, Izmir und Konstantinopel bzw. Istanbul, wanderten (1907 gab es im osmanischen Reich 35.000 Wanderarbeiter aus Italien und Deutschland).¹ Große Teile dieser Arbeiter wurden in den großen Infrastrukturprojekten wie Häfen, Bergbau und dem Bau von Eisenbahnlinien eingesetzt. Die, meistens aus dem Industriearbeitermilieu stammenden, Arbeiter standen an der Spitze bei der Mobilisierung ihrer Kollegen für kollektives Handeln, Streiks, aber auch beim Verfassen von Aufsätzen und Berichten für Zeitungen – und die manifeste Förderung der sozialistischen, anarchistischen und anarcho-syndikalistischen Ideen.

Die ersten umfassenden Protestbewegungen von Arbeitern im osmanischen Reich, die vom Staat massiv unterdrückt wurden, waren die Maschinentürmer. Im Jahre 1839 rebellierten ArbeiterInnen der Dobrikjokeolov-Werke in Slevne gegen die neuen Maschinen, die in die Fabrik gebracht wurden, denn sie dachten, dass sie ihren Job verlieren würden. 1851 versuchte eine Textilarbeiterin bei Samakov, einen mechanischen Textilkamm zu brechen und hörte erst damit auf, nachdem ihr verspro-

Gedanken nicht kriminalisiert werden dürfen!
Wir verlangen den sofortigen Stopp aller Angriffe gegen die widerständigen zapatistischen Gemeinschaften!

Wir verlangen ein Ende der manipulierten Fälle, die nur darauf abzielen, die Repression gegen das Volk zu legitimieren und Angst und Schrecken in der Bevölkerung zu verbreiten!

Wir verlangen ein sofortiges Ende des internationalen Projekts zur Kriminalisierung von sozialen Bewegungen!

Wir verlangen ein Ende der politischen Verfolgung der Bevölkerung, die für ihre Rechte kämpft!
Wir verlangen ein sofortiges Ende des internationalen Projekts zur Kriminalisierung von sozialen Bewegungen!

Hoch leben alle, die kämpfen!

Hoch lebe das organisierte Volk!

Unterkunft, Land, Arbeit, Brot, Gesundheit, Unabhängigkeit, Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden. Das waren unsere Forderungen in der langen Nacht der 500 Jahre. Das sind, heute noch immer, unsere Forderungen.⁹

Widerstand und Autonomie!
¡No pasaran!
Brüder und Schwestern, seid gegrüßt!

Azamblea del Pueblo
San José, Costa Rica, Mittelamerika, Planet Erde.
Jahr 521 des Widerstands.

Der Wirtschaftskrise der Jahre 1845-1848 und die folgenden politischen Aufstände und Kriege veranlasste viele, West- und Mitteleuropa zu verlassen. In einer zweiten Welle der Arbeitsmigration zwischen 1870 und 1890 störmten Arbeiter aus dem Balkan, Italien und Spanien nach Ägypten, Nordafrika und Anatolien. Obwohl die über hundertjährige Arbeitermigration nicht nur in eine Richtung abließ, wird im 19. und frühen 20. Jahrhundert die Geschichte der Migration meistens von Süden nach Norden beschrieben. Wohingegen eine bedeutende Anzahl von Arbeitern, politischen Exilanten und Anarchisten aus West- und Mitteleuropa nach dem östlichen Mittelmeerraum, vor allem in die großen osmanischen Städte wie Saloniki, Izmir und Konstantinopel bzw. Istanbul, wanderten (1907 gab es im osmanischen Reich 35.000 Wanderarbeiter aus Italien und Deutschland).¹ Große Teile dieser Arbeiter wurden in den großen Infrastrukturprojekten wie Häfen, Bergbau und dem Bau von Eisenbahnlinien eingesetzt. Die, meistens aus dem Industriearbeitermilieu stammenden, Arbeiter standen an der Spitze bei der Mobilisierung ihrer Kollegen für kollektives Handeln, Streiks, aber auch beim Verfassen von Aufsätzen und Berichten für Zeitungen – und die manifeste Förderung der sozialistischen, anarchistischen und anarcho-syndikalistischen Ideen.

Die ersten umfassenden Protestbewegungen von Arbeitern im osmanischen Reich, die vom St



Keimform eines solidarischen Verbundes erkennen - wohlwissend, dass ein Guttteil des archaischen und patriarchalischen Plunders wegzuäumen ist. Wir haben es vermutlich alle schon einmal bei uns selbst entdecken müssen, dass in den Rückblicken Vergangenes zumeist etwas erklärt wird und der eine oder andere nostalgische Anflug eher ein Irrflug ist.

Solidargemeinschaft im Knast?

Ich kann an dieser Stelle keine „fundierte soziologische Untersuchung“ vorlegen, sondern vornehmlich nur Eindrücke schildern, aber es ist nicht von der Hand zu weisen, dass in den Knästen hinsichtlich der Insass*innen einige Verschiebungen stattgefunden haben, die sich im Knastalltag auswirken. Viele Aspekte, die vom (Alt-) Knackis vorgebracht wurden und werden, decken sich weitgehend mit meinen Erlebnissen. U.a. das, dass die Quote der generell desinteressierten Gefangen*innen einige Verschiebungen stattgefunden haben, die sich im Knastalltag auswirken. Viele Aspekte, die vom (Alt-) Knackis vorgebracht wurden und werden, decken sich weitgehend mit meinen Erlebnissen. U.a. das, dass die Quote der generell desinteressierten Gefangen*innen einige „stilprägend“ für einen Knacki ist. Es geht, bildlich gesprochen, um die Ausbildung eines „Barrikadenverständnisses“. Die Frontverläufe sind doch eigentlich klar gezogen. Komischerweise verfügen die Angehörigen des Anstaltsapparats über ein entwickeltes Fronterverständnis als die Knackis. Aber auch das mag wiederum nur eine Widerspiegelung der Situation draußen sein, denn bekanntlich ist das Klassenbewusstsein der „oberen Zehntausend“ oftmals stärker ausgeprägt als bei jenen, die sich Tag um Tag krumm machen. Fehlgeleitet ist es auch, eine Lanz für eine Ausweitung der institutionalisierten Gefangenennmitverantwortung brechen zu wollen. Vielmehr ist auszulösen, welche Spielräume für eine „Unkontrollierbarkeit“ zu schaffen sind, in denen weitgehend autonom für die Interessen der Inhaftierten gerungen werden kann. Der Knast als „Hort des Bösen“ bringt bisweilen den Vorteil mit, nicht bis in jede Fuge hinein kontrollierbar zu sein...

Nicht selten habe ich erfahren müssen, dass insbesondere Alt-Knackis sich solidarische Bande leicht entwickeln ließen. Wenn der Knast ein Spiegelbild der gesamtgesellschaftlichen Situation vor den Anstaltsstören ist, dann zeigt sich dies eben als Abbild hinter denselben. Es dürfte auch zu viel an „pädagogischem Auftrag“ sein, jeden Neuankömmling ein Sozialverhalten à la Ringvereine einüben zu lassen. Hinzukommt, dass das verlockend wirkende knastinterne Anreizsystem, das selbst einige der „gestandenen“ (Alt-)Knackis ab einem gewissen Zeitpunkt müde, müde und zerbrechlich macht, seine dissoziale Wirkung nicht verfehlt. Der Knast ist kein monolithischer Block. Im Gegenteil, es erfolgt eine anstaltstechnische Ausdifferenzierung, so dass jeder Knast insgesamt aus drei, vier (Teil-)Knästen besteht, in denen Langzeitgefange u.a. von sog. Kurzstrafe*innen separiert werden. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang ebenfalls, dass der Gedanke einer „Gefangen*-Union“ bestimmte Insass*innen nicht mit einschließen kann. Dieser Passus ist sicherlich heikel, da von Knacki-Seite aus mit einem „Einschluss-Ausschluss-Modell“ hanitiert wird. Es ist aber auch nicht denkbar, dass kriterienlos eine Aufnahme erfolgen kann. Wenn man im Rahmen einer (basisdemokratischen) Gefangenengarnisierung, die ausdrücklich gewerkschaftliche Züge trägt, „brave und gut dressierte bürgerliche arschkriechende obrigkeitshörige JA-Sager“ (Schwarzenberger) sammelt, verwässert man von Beginn an den emanzipatorischen Ansatz eines solchen Projekts.

Wird es so wie früher?

Was folgt aus dieser „Diagnose“? Zum einen, dass eine Homogenisierung der Knacki-Population in ihrer Gesamtheit ausgeschlossen ist. Zum anderen, dass die potentiell Interessierten einer „Solidargemeinschaft“ auf den Arealen der Knastanstalten einen nur verschwindend geringen Teil ausmachen würden.

Festzuhalten ist: Angesichts dessen, dass die Knacki-Population fragmentiert und differenziert ist, ist an einer „Vereinheitlichung“ der Interessenlagen nicht zu denken. Eine „kollektive Identität“ unter den Inhaftierten lässt sich nicht einfach infolge eines Aufrufs herstellen. Es muss mehr hinzukommen, als lediglich über den „Status“ zu verfügen, Knacki zu sein.

Einer der allerersten Schritte müsste vielleicht sein, anhand von plastischen Beispielen von Lebensläufen „solider Berufsverbrecher*innen“ aufzuzeigen, dass eine „koste es, was es wolle“-Mentalität eben nicht „stilprägend“ für einen Knacki ist. Es geht, bildlich gesprochen, um die Ausbildung eines „Barrikadenverständnisses“. Die Frontverläufe sind doch eigentlich klar gezogen. Komischerweise verfügen die Angehörigen des Anstaltsapparats über ein entwickeltes Fronterverständnis als die Knackis. Aber auch das mag wiederum nur eine Widerspiegelung der Situation draußen sein, denn bekanntlich ist das Klassenbewusstsein der „oberen Zehntausend“ oftmals stärker ausgeprägt als bei jenen, die sich Tag um Tag krumm machen. Fehlgeleitet ist es auch, eine Lanz für eine Ausweitung der institutionalisierten Gefangenennmitverantwortung brechen zu wollen. Vielmehr ist auszulösen, welche Spielräume für eine „Unkontrollierbarkeit“ zu schaffen sind, in denen weitgehend autonom für die Interessen der Inhaftierten gerungen werden kann. Der Knast als „Hort des Bösen“ bringt bisweilen den Vorteil mit, nicht bis in jede Fuge hinein kontrollierbar zu sein...

Das Fernziel ist und bleibt, Stein um Stein Knäste und Zwangsanstalten einzubauen. Für dieses ambitionierte Projekt erklären sich nur wenige Mitstreiter*innen bereit, zumal es vor dem Hintergrund der aktuellen Kräfteverhältnisse auch verdammt visionär und naiv klingt. Diese Zeilen sind Ausdruck eines Annäherungsversuchs und einer Suche nach Parallelen innerhalb der Knacki-Population. Die vielerorts erfahrenen Anstaltssehnsüchen oder die Billiglöhnerei in den Anstalten (was macht der Mindestlohn?) können Anknüpfungspunkte sein. Wie vieles im Dasein hängt eben vieles vom eigenen Engagement ab. Die seit 2005 bestehende Interessenvertretung Inhaftierter (Ivi) hat z.B. in den vergangenen Jahren die eine oder andere (kleine) Schlacht auf dem Feld der Juristerei geschlagen (und gewonnen). Geht da mehr? Und wie stellt sich überhaupt die Lage in den Frauenknästen dar? Der Realismus nötigt es einem aber regelrecht auf, tief zu stapeln und keine allzu großen Erwartungen zu hegen. Ich will es bei diesem Kurzüberblick belassen und abwarten, ob sich weitere Einwürfe ergeben, auf die dann zu reagieren wäre...

Oliver Rast - § 129-Gefangener aus dem mg-Verfahren
April 2014

Zuhause bei Anarchist_innen in Transsilvanien

Das anarchistische Projekt bzw. Haus A-Casa befindet sich in Cluj-Napoca, einer Stadt im Westen Transsilvanien, Rumänien. Hinter einem unscheinbaren, hellgrauen Stahltor verbirgt sich ein Ort des Austausches, des Ausprobierens und der politischen Aktion. Bei meinem ersten Eintritt wimmelt es im Hof von Menschen, über einem kleinen Raketofen kocht in einem Riesentopf Marmelade aus containerten Orangen ein. A-Casa, mit einem A im Kreis geschrieben, bedeutet ebenso Zuhause wie es als *Anarchismus- bzw. anarchistisches Haus* gelesen werden kann. Drinnen ist eine Wand großzügig mit Tafellack angemalt. Darauf die Prinzipien, die in jedem solcher Räume ja etwa die Gleichen sind: Dies ist ein antikapitalistischer Ort, Diskriminierungen haben hier nichts zu suchen, fühl dich frei, mitzumachen und „feel a casa!“ Eine Tabelle verkündet die anstehenden Workshops und Termine der Woche. Es gibt Tai-Chi-, Rumänisch- und Bierbrau-Workshops, manchmal Filmabende, eine aus den Räumen der Uni verlegte, für alle zugängliche *feminist class*, zwischendurch wird Sauerteigbrot gebacken. Außerdem einer Küche gibt es im Haus noch den Anfang einer kleinen Bibliothek, im Hof entsteht ein Gemüsegarten. Ständig wird etwas organisiert oder diskutiert: Ob eine *critical mass* mit Dutzenden Fahrradfahrer_innen statt findet, die sich gemeinsam die Innenstadt nehmen oder ein PAC-veranstaltet werden soll. PAC findet etwa einmal im Monat statt, steht für *Piața Autonomă Cluj* und ist eine Mischung aus Umsomstmarkt, Vokü^[1] und evtl. Workshops, wobei alles, Essen, Kleidung usw. nichts kostet. Auf einem Camp im nicht weit entfernten Serbien wollen die Aktivist_innen für alle Kochen, eine komplett ausgestattete mobile Vokü ist in Planung. Außerdem gibt es in der Nachbarschaft ein Haus, dass von Roma bewohnt wird, die von der Stadt vertrieben werden sollen und von der Polizei in der Nacht belästigt und beschimpft werden. Menschen aus A-Casa versuchen die Bewohner_innen zu unterstützen. Und dann fallen da noch Küchenarbeit, Aufräumen, Putzen an und die beiden adoptierten Hunde müssen ausgeführt werden. Es gibt also ständig etwas zu tun und Vieles verbringen oft den ganzen Tag dort. Zwischendurch haben sich einige Zeit genommen, ein paar Fragen zu beantworten: Zu A-Casa, zu Cluj, ihrem Aktivismus und ihren Plänen...

Off ist ja die anarchistische Szene – nicht nur – in Osteuropa aus der Hardcore- bzw. Punkszene hervorgegangen. Wie sieht das hier aus? Es gibt einige Gruppen, das A-Casa-Kollektiv, vocea animalelor (Ann.: Die Stimme der Tiere - eine Tierrechtsgruppe), die Gruppe, die PAC organisiert, die Hardcoreszene, die Konzerte organisiert. Früher haben die auch mehr im DIY-Bereich gemacht. Wie ist die anarchistische Szene in Cluj?

P: Es gibt einige Gruppen, das A-Casa-Kollektiv, vocea animalelor (Ann.: Die Stimme der Tiere - eine Tierrechtsgruppe), die Gruppe, die PAC organisiert, die Hardcoreszene, die Konzerte organisiert. Früher haben die auch mehr im DIY-Bereich gemacht.

P: Hier ist das nicht so, die Meisten hier kommen nicht aus dieser Szene, ein großer Einfluss war die „Salvati Rosia Montana“-Kampagne, die sind nicht wirklich links, aber es half.

P: Es gibt drei oder vier „Leiter“ der Kampagne, die sagen, wir sind nicht politisch, wir wollen nur Rosia Montan retten.

[1] Vokü steht für Volksküche, was eine unkommerzielle offene Küche, ein gemeinsames Essen für Alle meint, wobei als Gegenleistung nur Spenden genommen werden. Manche sagen auch: Küfa (= Küche für Alle).

[2] Namen teilweise geändert

[3] Die Kampagne zielt auf die Erhaltung dieser Region in den Apuseni-Bergen, in der ein großer kanadischer Konzern Gold schürfen will, wodurch die Landschaft stark verändert, viele Menschen umgesiedelt und die Umwelt stark verschmutzt werden würde.



So etwas hat dann ja auch schnell nationalistische Untertöne – warum seid ihr dabei und wie?

P: Es ist etwas seltsam, wir kennen diese Leute sehr gut, für mich ist es einfach die Kampagne von jedem _jeder, wir machen auch von ihnen unabhängige Aktionen.

Was für Aktionen?

P: Banner aufhängen, Institutionen blockieren, in Deva wurde Minvest besetzt, eine rumänische Firma, die in das Berghauptprojekt in Roșia Montana involviert ist, wir wollten Leute darauf aufmerksam machen, dass nicht einfach eine kanadische Firma kommt und rumänischen Boden stiehlt.

M: Also, diese Aktion ist nicht direkt verbunden mit A-Casa...

P: Welche Rolle spielt DIY für euch? Warum macht ihr so viele Dinge selbst?

P: Zum Einen aus dem Grund, dass wir nicht so viel Geld haben. Und weil wir glauben, dass es nötig ist, aus Überzeugung. Dass hier soll ein Ort zum Experimentieren und Ausprobieren sein.

Es gibt auch eine feminist class und es gibt viele Frauen im Kollektiv, welche Rolle spielt Feminismus für euch?

P: So etwas wie eine feminist class ist neu für Cluj, wir haben hier Diskussionen zu feministischen Themen seit März, anlässlich des Frauentags, in Rumänien hat der Muttertag eine lange Tradition hat, nicht der Frauentag. Eine Zeit lang gab es eine wöchentliche Diskussion.

M: Die feminist class ist eigentlich ein Uniseminar, dass hierhin verlegt wurde und offen für alle ist.

Daniela: Wir hatten auch monatliche Diskussionen, im Januar hatten wir Widerstand gegen internationale ökonomische Organisationen, mit Filmen über Genua, G20, Seattle... Im Februar Autonome Räume mit Filmen über die Zapatistas, den spanischen Bürgerkrieg...

Wir hatten sehr offene Diskussionen. Die Leute, die damals gekommen sind, kommen immer wieder, unterstützen uns, bringen Sachen, heute z.B. hat Eine von der feminist class ein paar Klamotten vorbei gebracht. Erzählt etwas über eure Nachbarn, die Roma, die vertrieben werden sollen...

[4] Gemeint ist der G8-Gipfel in Genau 2001, bei dem es zu immenser Polizeigewalt gegen Protestierende kam, ein Protestierender wurde erschossen. „Seattle“ bezieht sich auf das WTO-Treffen in Seattle 1999, bei dem die starken Gegenproteste ein großer Erfolg für die globalisierungskritische Bewegung waren.
[5] Weltweite Vokü-Bewegung, die das Prinzip mit politischen Aussagen gegen Krieg und Kapitalismus verbindet.
[6] Anarchistisches Netzwerk in den USA, dass überall auf der Welt durch zahlreiche Kommunigés, Bücher usw. bekannt ist und durch seine subkulturelle Ausrichtung hervorsteht.

Das Ende der „Klassiker-Gilde“ hinter Gittern?

★ Oliver Rast

D: Als wir das Hausprojekt gestartet haben, hatten wir ein food not bombs⁵ beim Bahnhof, zwei Mädchen haben uns angesprochen und zu dem Haus geführt, der Besitzer hat uns dann die Situation erklärt. Ich denke, es ist wichtig, dass wir dort aktiv sind, denn es gibt in Cluj, basierend auf einem alltäglichen Rassismus, viele diskriminierende Vorfälle, Vertreibungen... Auf der anderen Seite sehe ich mich nicht als Retterin, Leute retten zu wollen ist eine Sache für Philanthropen und die Wohlfahrt, eine kurzfristige Sache, die auch multinationale Konzerne oder die Kirche betreiben, und das Problem nicht wirklich beheben.

P: Was passiert bei einem PAC und wie oft findet es statt?

P: Etwa einmal im Monat, manchmal gibt es auch nur eine food not bombs-Aktion an jeweils unterschiedlichen Stellen in der Stadt. Das Projekt gibt es seit Ende 2012 und es hat verschiedene Kreise zusammengebracht. Es ist ein Platz um Sachen (Fähigkeiten, Essen, Kleidung) ohne Geld zu teilen, Inspiration dafür waren die really really free markets von crimethinc.⁶ Zuerst gab es nur food not bombs und wir haben es mit Antimilitarismus verknüpft, weil Rumänen an Auslandseinsätzen etwa in Afghanistan und dem Irak teilnimmt.

P: Zum Einen aus dem Grund, dass wir nicht so viel Geld haben. Und weil wir glauben, dass es nötig ist, aus Überzeugung. Dass hier soll ein Ort zum Experimentieren und Ausprobieren sein.

P: Es gibt auch eine feminist class und es gibt viele Frauen im Kollektiv, welche Rolle spielt Feminismus für euch?

P: Na ja das Projekt existiert irgendwie schon mit food not bombs, wir haben in Roșia Montana auch schon mal für ein skillsharing-Camp gekocht.

M: Ja aber wir brauchen noch große Töpfe, Gashrenner usw. Es wäre gut, wenn es eine mobile Vokü für den Balkan gäbe.

P: Wir werden jetzt auch in Serbien kochen, auf einem Camp zum Thema Freiräume und auch wieder in Roșia Montana, auf dem Forum für nutzlose und große Megaprojekte, an dem auch Menschen aus La Zad, von Chalkidiki, von NoTav7, der Gezi-Park-Bewegung und den Protesten gegen Stuttgart21 beteiligt sind.

P: Wie steht es mit faschistischen Kräften in Cluj, etwa der Partei Noua Dreaptă?

P: ND wird immer sichtbarer, einige ND-Leute schreiben für die Nopca-News, die uns auf primitive Weise verleumdet, etwa mit der Behauptung, beim PAC gäbe es billigen Alkohol und Drogen oder mir Fotos von Hundekot, unter denen steht, Anarchist_innen würden auf die Straße kacken. Weil wir nicht so viele sind, können wir ihre Aufmärsche nicht zu widerersetzen.

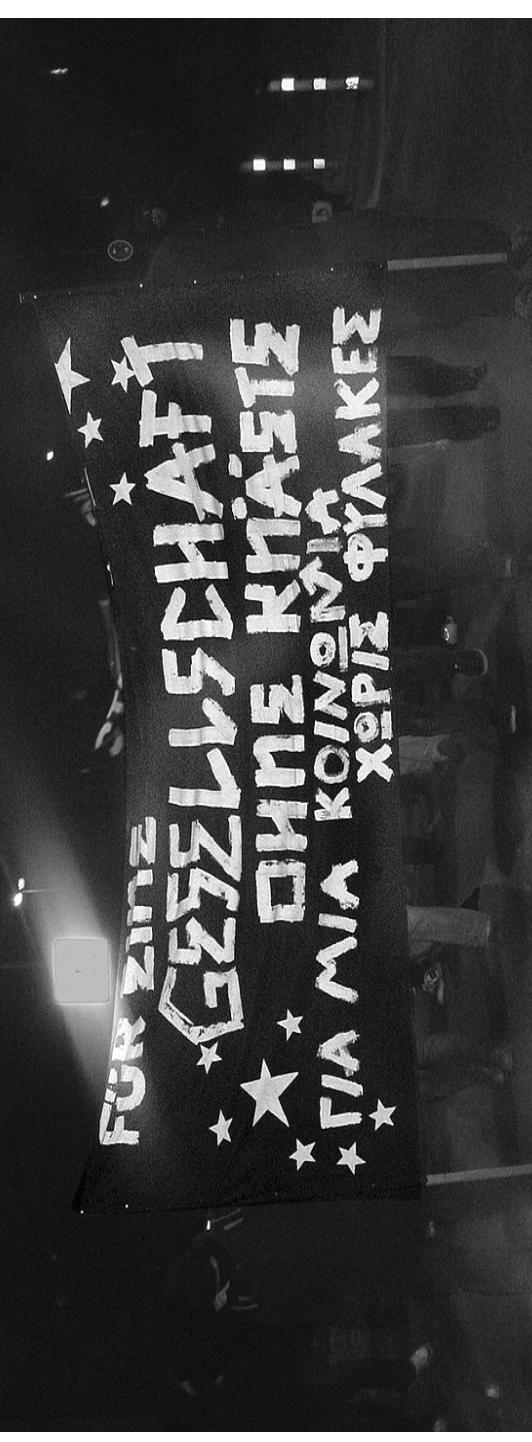
War früher alles besser?

Üblicherweise hört man von „algedienten“ Knackis, dass sich in den letzten zwei Jahrzehnten die Knacki-Population stark gewandelt hat.

Man kann von einer Art „Neuzusammensetzung“ sprechen. Dies habe u.a. dazu geführt, dass sich bestimmte „Deliktgruppen“ in den Knastanstalten in den Vordergrund gespielt haben, die nicht nur in quan-

titativer Hinsicht dominant sind. Die Anzahl von suchterkrankten Eingeknasteten, die wegen des sog. Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz verurteilt wurden, dürfte regelecht in die Höhe geschossen sein. Der Eindruck ist u.a. des Weiteren, dass die Inhaftierenzahl die aufgrund sexualisierter Gewalt einsitzt, kontinuierlich zugestiegen hat. Insgesamt spricht Schwarzenberger davon, dass diese „Patientenfälle“ eher aus der „Mitte der Gesellschaft“ kommen und nicht - wie man kurzschließen könnte - aus den „Randgruppen“.

Von Alt-Knackis wird moniert, dass der vormalig dominierende Typus des (soliden) Berufsverbrechers mit Ehrenkodex mehr und mehr der Vergangenheit angehört. Auf den einzelnen Stationen der Anstaltshäuser muss man förmlich danach fahnden, um einen zu treffen. Der geflügelte Spruch, man geht in den Knast, um von der konzentrierten Kompetenz der Insass*innen zu profitieren, scheint auch nicht mehr richtig beherigt zu werden. Der Knast kann durchaus als Kontaktbörsen und Lernort verstanden werden. Dieser wurde nicht selten zu im Knast zu reflektieren.



Auch wenn es nicht direkt ausgesprochen wird, aber im Hintergrund einem Ort umfunktionaliert, in dem man einen regen Austausch hält, um sich „beruflich“ weiter zu qualifizieren. Das steht selbstredend in krassem Widerspruch zum vorherrschenden „Resozialisungsansatz“ der Zwangsanstalt Knast. Hierin drückt sich aber gewissermaßen eine (gelebte) Renitenz aus, sich den Mechanismen der Zurichtung im Knast zu widersetzen.

Auch wenn es nicht direkt ausgesprochen wird, aber im Hintergrund flackert ein „Idealtypus“, der sich beispielhaft in den früheren Ringvereinen widerspiegelt. Gegenseitige Hilfe und ein kennzeichnendes Selbstbewusstsein als passionierte*r Verbrecher*in formten den Charakter der Akteur*innen. Ohne an dieser Stelle eine Idealisierung vornehmen zu wollen, kann man in den Ringvereinen zumindest die



Endnoten

1) Dies verpasst Jan Ole Arps, wenn er im AK vom 15.10.2013 schreibt: „Ekelhaft ist drittens, dass selbst im Tod die Opfer der europäischen Flüchtlingspolitik noch einen identitätsstiftenden Nutzen für Europa haben. Als Flüchtlinge, TeilnehmerInnen einer großen Elendsbewegung, bleiben sie das gesichtlose, leidepfünde, dunkle Gegenbild zum aufgeklärten, entwickelten, demokratischen Europa und bestätigen uns letztlich, wie viel zivilisierter, individueller und vielschichtiger wir EuropäerInnen mit unseren Europäerproblemen sind. Das funktioniert auch deshalb gut, weil es uns die Auseinandersetzung mit der einzelnen Person erspart. So bleibt zum Beispiel Yonas (der jetzt tot ist) ein »Flüchtlings«, das schafft Abstand zwischen ihm und uns. Dabei hätte er ebenso gut ein Freund oder Vereinskollege oder netter Nachbar sein können.“

Zumindest auf den Erinnerungsfotos der Toten, die einige Medien veröffentlicht haben, kann man das zum Glück noch erkennen: ein junger Mann, eine junge Frau, ein Gruppenbild, einer sieht nett aus, ein anderer ziemlich beschweert – in etwa so wie die Leute auf dem Jahrgangsfoto der eigenen Schule, die super Leute neben den größten Deppen.“

2) Wie sich über Fluchttursachen und Fluchtwege Gedanken gemacht wird, hat von Anfang an eine unangenehme dauerhafte Brigitteunterstellung: „Wir können nicht alle aufnehmen“ - dazu am Ende des Textes mehr:

3) Siehe <https://gegen-kapital-und-nation.org/mali---und-noch-ein-anti-terror-krieg>

4) Es gibt mittlerweile „Mobilitätspartnerschaften“ mit den Subsaharastaaten mit dem Ziel Maßnahmen zur legalen und illegalen Einwanderung zu verküpfen und so mehr Druck auf die Staaten auszuüben. Zudem haben eine ganze Reihe von nordafrikanischen Staaten auf Druck der EU (wirtschaftlich-entwicklungs-politisch) Maßnahmen selbst umgesetzt: Z.B. Gesetz gegen illegale Migration in Marokko (2003). Darüber hinaus gibt es zwei Programme: TACIS (2000-2006 für osteuropäische und zentralasiatische Staaten) und MEDA-Programme (für Subsaharastaaten von 2002 bis 2004). Darin wurden wirtschaftliche Maßnahmen mit Maßnahmen zur Grenzsicherung verbunden. Jetzt läuft das alles unter dem Titel: „Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument“ (2007-2013). Hier wird Entwicklungspolitik mit Grenzpolitik verknüpft durch finanzielle und technische Unterstützung bei dem Ausbau der Grenzsicherung.

5) Das Prinzip gibt es übrigens schon: In der „Mobilitätspartnerschaft“ mit den Subsaharastaaten geht es genau darum Kriterien für legale Einwanderung stärker nach den Bedürfnissen der europäischen Arbeitsmärkte auszurichten: befristet natürlich.

6) An dieser Stelle geht es darum, wie die Lage der Illegalen für die Debatte um den weiteren Ausbau der Festung Europa produktiv gemacht wird. Natürlich stellt die Behandlung der Illegalen durch das Kapital in Europa selber eine Funktionslistung dar, auf die manche Regionalpolitiker gar nicht mehr verzichten wollen. Die Treppen der politischen Güterabwägung geht dann so:

Erstens stehen alle Ausländer*innen unter dem generellen Verdacht, der Nation gar nicht unbedingt loyal gegenüber zu sein.

Zweitens haben die Städte gelernt, dass es sich dennoch lohnt, die einen oder anderen Ausländer*innen herenzulassen, damit sie sich als Arbeitskräfte für die Nation nützlich machen können. Heutzutage vor allem in der Fachkräftemangel debattet ein vorge. Dafür erlässt der Staat gezielte Aufenthaltsrechte und wirbt auch gezielt an.

Drittens: Die Flüchtlinge dagegen hat der Staat nicht bestellt und selbst wenn dort brauchbare Fachkräfte mit dabei sind, will er sie so nicht. Die kann er schließlich

gezielt anwerben. (Die Verfechter*innen einer noch menschlicheren Asylpolitik meinen, dass hier doch mehr zu holen sei, wenn sie die Forderung nach mehr legalen Einreisemöglichkeiten mit dem Hinweis auf potentielle Fachkräfte unterstützen).

Viertens: Noch die modernsten militärischen Flüchtlingsabwehrmaßnahmen zetzen aber: Absolut verhindern kann man die Einreise von Illegalem nicht.

Fünftens: Zunächst gar nicht politisch gewollt, machen sich findige Unternehmer*innen daran, die besondere Notlage der Illegalem für ihr Geschäft zu funktionalisieren.

Sextens: Politiker*innen vor Ort benennen oder bekommen es von der unternehmerischen Elite mitgeteilt, dass jetzt vor Ort ein Stückchen Ökonomie entstanden ist, dass erstens einen deutlichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum bringt und zweitens ohne Illegale gar oder nicht so gut ginge. Das wird von der Politik anerkannt und ein Auge zugedrückt bei der Verfolgung der Illegalem.

Siebtes: Zugleich widerspricht es dem Stil der bürgerlichen Politik rechtsfreie Räume zuzulassen und so kommt es manchmal dazu, dass ein Teil der Illegalem legalisiert werden. Das ist ärgerlich für die Unternehmen, aber der Nachschub kommt dann ja.

8) „Wegzuschauen und sie hineinzugehn zu lassen in einen vorhersehbaren Tod, das missachtet unsere europäischen Werte.“ Gauk am 04.10.2013.

9) „Wenn wir also nun an das Wunder der deutschen und der europäischen Einigung erinnern, lassen Sie uns immer mit bedenken, dass unser Kontinent trotz aller Fortschritte alles andere als perfekt ist – genauso wenig wie unser Staat und unsere Demokratie. Es bedarf, wir wissen es alle, unseres täglichen Engagements, um dem elementarsten Recht Geltung zu verschaffen: dem Recht auf Leben.“ ebd.

9) „Den perfekten Staat oder die perfekte Gesellschaft können wir nicht erwarten, denn der perfekte Mensch ist ja noch nicht geboren, der eine solche Gesellschaft hervorbringen könnte. Wir alle sind Mängelwesen, und das füllt uns öfter auf, als wir es uns wünschen. Wir verkalkulieren uns und wir machen Fehler. Wir machen übrigens nicht nur Fehler, sondern wir laden auch Schuld auf uns. Das gehört zu unserem menschlichen Maß.“ ebd.

10) Aus diesem Zweck, den Werteimmel zu pflegen, erklärt sich auch folgender Zynismus: Während die Überlebenden von Seiten Italiens ein Verfahren wegen illegaler Einreise an den Hals bekommen haben, wurden die Toten posthum zu italienischen Staatsbürgern erklärt. Und weil das viele innerhalb von Italien und vor allem außerhalb Italiens nicht als einen gelungenen Beitrag zur Pflege des Wertehimms betrachtet haben, wurde das Projekt in den Medien kritisiert.

Blog

<http://acasacluji.noblogs.org/>

Weitere Infos

direkt attackieren. Wir konzentrierten uns auf Aufklärung, Flyer etc.

M.: Sie sind hier auch keine gewalttätige Gruppe, die Leute zusammenschlägt.

P.: Na ja, manchmal schon, ich war etwa in einer Bar beschäftigt, und es kam dort schon mal zu Attacken gegen Homosexuelle. Offiziell gibt es von ihnen keine Hassreden, aber ND hat etwa ein Gesetz vorgeschlagen, das besagt, dass Romafrauen Geld für eine Sterilisation erhalten sollen. Sie sprechen sich auch gegen Abtreibungen aus. Aber ja, hier ist es nicht so schlimm mit ihnen.

Eine letzte Frage: Wenn Leute euch besuchen, euch unterstützen wollen, was benötigt ihr?

M.: Gasbrenner! Einen Van! (lacht)

P.: Wir benötigen ziemlich viel...

M.: Fähigkeiten und Wissen über Direkte Aktionen... Alles kann nützlich sein! Vor allem Material für und Wissen über Volks.

D.: Ich hätte gerne mehr politische Aktionen, Diskussionen etc., mehr lokalen Aktivismus mit globaler Perspektive. Cluj soll eine attraktive Mittelklassestadt werden, wir müssen darüber reden, was das bedeuten wird. Aber A-Casa ist halt ein Projekt verschiedener Leute und jede*r hat ihre seine eigenen Vorstellungen, ich kann nur sagen, was ich persönlich mir wünschen würde, nicht wie es zu sein hat, das wäre ziemlich autoritär.



Proteste in Cluj-Napoca gegen das Rosia Montana - Minenprojekt

Aktuelle Ausgabe - Direkte Aktion:

Sorge dich nicht, pflege

Aktueller Schwerpunkt:

Care-Arbeit sichtbar machen!
Außerhalb des Betriebs fängt die Arbeit richtig an.

DA
DIREKTE AKTION
www.direkteaktion.de

Anzeige

Aus dem ABC der anarchistischen und emanzipatorischen Bewegungen

Marcos Dienegro | Anarchistische Föderation Berlin
ANARCHISTISCHES WÖRTERBUCH
Eine Orientierungshilfe durch den Begriffsschungelanlass
anarchistischer und emanzipatorischer Bewegungen
150 Seiten | 12,80 Euro
ISBN 978-3-942882-47-8
www.edition-assemblee.de

Anzeige



Der gekommene Aufstand

Die Ukraine und die Misere der Linken.

★ Alexander Anethystow

Wachstum und nehmen dafür die Welt in Beschlag und schaffen das politische wie wirtschaftliche Elend, dessen sich Menschen durch Flucht entziehen wollen. Für die EU Staaten sind diese Flüchtlinge eine für ihre Zwecke überflüssige Bevölkerung, die in den Herkunftsändern und erst Recht in Europa stört.

Der Traum davon, dass eine empörte Bevölkerung die Regierung zum Teufel jagen kann, ist der Traum aller radikalen Linken. Dieser Traum ist in der Ukraine in Erfüllung gegangen, wie es im Buche steht - mit Selbstorganisation, Basisentscheidungen, Solidarität und so weiter. Es gibt nur einen Haken: die Revolution wurde von der falschen Seite gemacht. Die Verschwörungstheorien à la „junge Welt“ sollten niemanden täuschen. Welche Gehinderte auch bei solchen Ereignissen mitwirken - sie können niemals so einfach Massenbewegung aus dem Boden stampfen, sie können diese lediglich unterstützen. Es ist wirklich so, wie es aussieht. Es ist eine Revolution - eine zutiefst antilinke Revolution. Die Empörung über unübersehbare Verwachsen von privaten Geschäftsinteressen und Regierungspolitik unter Janukowitsch führte zum Widerstand, aber keineswegs zum Hinterfragen von Staat und Marktwirtschaft. Ganz im Gegenteil - die Ziele der zweiten „orangefarbenen Revolution“ sind diametral allem Linken entgegengesetzt. Mehr Nationalismus, vereinigt von jeglichem positiven Bezug auf die sowjetische Vergangenheit, Zollvertrag mit EU, IWF-Sparprogramm, NATO-Annäherung - so sieht die Agenda der neuen Regierung aus. Gründe zum Alten nachzuweinen, gibt es allerdings nicht. Der von westlichen Medien hartnäckig als „pro-russisch“ titulierte Präsident Wiktor Janukowitsch hat sich lediglich die Freiheit erlaubt, zwischen dem Angebot Russlands und dem der EU, für den Beitritt zu der jeweiligen Zollunion abzuwählen. Das reichte schon, damit seine gewaltsame Entfernung aus dem Amt von Politik und Medien des „freien Westens“ tanktig unterstützt und bejubelt wird.

Auf einmal galten für die Ukraine die Regeln jeden noch so demokratischen Staates nicht mehr, wonach Bürger alles kritisieren dürfen, aber nichts durch Handlung verhindern, was ihre gewählten Repräsentanten beschlossen haben. Als die Protestierter Ministerien besetzten und der Moment kam, wo in jeder freiheitlich-demokratischen Ordnung Truppeneinsatz im Inneren oder gar Notstandsgezette fällig wären, da hat sich herausgestellt, dass die Autoren von „Der kommende Aufstand“ zumindest in einem Punkt recht hatten. „Die Armee in den Straßen ist eine aufständische Situation. Die Armee im Einsatz ist das sich beschleunigende Ende.“¹ Austrahmezustand ist das letzte Mittel eines jeden Staates, zu dem man nur greifen kann, wenn der Gewaltapparat loyal bleibt. Genau an dem Punkt konnte es für Präsidenten Janukowitsch keine Zuversicht geben. Alles deutete darauf hin, dass der ganze Gewaltapparat genauso gespalten war, wie das Land selbst. Ein Einsatzebefehl würde auf einen Bürgerkrieg hinauslaufen. Die grundsätzliche Spaltung der Bevölkerung führt auch alle Appelle an wirklich faire Politiker reden, haben auf Abstimmungen gepocht. Die Jagd nach den

der Welt, einige - mittlerweile auch Deutschland - kennen daneben noch andere Kriterien der Staatsbürgerschaft. Flüchtlinge dagegen, die nur wegen der Armut fliehen, sind in diesem brutalen und bedürfnisfeindlichen Gedankensystem unbrauchbar: Sie gehen ja nur weg, weil sie es persönlich besser haben wollen, anstatt alles persönliche Elend in Kauf zu nehmen und ihre Nation tatkräftig zu unterstützen, wie es die Trümmerfrauen einst in Deutschland gemacht haben.

Kurzum: Die Wahrheit von „Wir können ja nicht alle aufnehmen“ heißt: Die um die Nation besorgte Politik will nicht alle und auch nicht viele aufnehmen. Für das Programm „nationaler kapitalistischer Reichstum“ sterben Menschen rund um und in Europa. Und dieses Sterben wird für diese Politik in der Debatte um Lampedusa fruchtbare gemacht.

Teil IV: Die Arbeitsstellung der deutschen Regierung

„Wir können ja nicht alle aufnehmen“
In der Debatte gibt es noch ein nicht behandeltes Argument: „Wir können ja nicht alle aufnehmen.“ Dieses Argument liegt fast allen oben bestimmten Debatten über Fluchtwege, Ankommen und Dableiben zu Grunde. Das „Argument“ ist in mehreren Hinsichten verlogen. Erstens: Wer ist denn dieses „Wir“? Regierungen beschließen, wer rein darf und wer nicht. Zweitens: Der Satz unterstellt, dass es (auch unabhängig von Flüchtlingen) in dieser Gesellschaft eine kooperative Absprache gäbe, wie man Menschen eine Lebensgrundlage sichern könnte. Die Lohnarbeitenden haben sich aber im Gegenteil nach der Konjunktur und dem Bedarf des Kapitals zu strecken. Nie ist es andersherum, dass die Bedürfnisse der Menschen zum Ausgangspunkt gemacht werden und dann gefragt wird: Wie sollten wir die Wirtschaft dafür einrichten. Die fehlende Kritik der kapitalistischen Ökonomie ist einer der Gründe, warum linksliberale Bürger selber immer wieder das Argument „man kann ja nicht alle aufnehmen“ implizit oder explizit mittragen. Sie mögen keinen Unterschied in der Frage machen, ob ihr Nachbar ein Deutscher oder ein Mensch ist, der sonst irgendwo her kommt. Sie mögen vollste Empathie mit den Geflüchteten haben. Dem „Argument“ - ja, geht das denn, wenn in den kommenden Jahren 5 Millionen Leute kommen - haben sie nichts entgegenzusetzen, weil auch sie sich dann in den Realismus des „können die Sozialsysteme, die auf den Beitrag(en) der Beschäftigten beruhen, das tragen?“ hineindenken.

Drittens ist mit der „Integration“ in erster Linie gar nicht das Arbeitnen und Wirtschaften gemeint, sondern die politische Forderung, dass die Leute hierzulande Deutschland gegenüber loyal zu sein haben. Hier hat die Politik prinzipiell einen deutlichen Vorbehalt gegenüber Ausländer*innen. Wirtschaftspolitisch wird dieser Vorbehalt bedingt relativiert, wenn z.B. Fachkräfte aus dem Ausland angeworben und ihnen ein Aufenthalt in Deutschland gewährt wird. Flüchtlinge dagegen sind Ausländer*innen, die kein*e Politiker*in bestellt hat. Selbst wenn unter ihnen Fachkräfte sind: Sie sind illegal gekommen und das ist erst mal ein deutliches Minus in Sachen Loyalität. Fachkräfte holen sich Staatenlenker*innen anders. Dass es nicht alleine um die Masse Menschen in Deutschland geht, sondern um solche, von der sich die Politik eine besondere Loyalität verspricht, zeigt sich daran, dass parallel zum „Boot ist voll“-Bild, das dauernde Gefämmer darüber besteht, dass „urdutsche“ Frauen zu wenig Kinder in die Welt setzen.

Nicht nur die deutsche Politik hält (im Ergebnis gar nicht zu unrecht) die Staatsbürgerschaft aufgrund von Blutslinie für ein unschlagbares Loyalitätsprogramm, in dem Leute herauskommen, die das Wohl und Wehe Berechnungen, wie man wirtschaftlich so über die Runden kommt. Auf die Blutslinie als politisches Loyalitätsprogramm verzichtet kein Staat. Diesen Wertehimmel galt es zu flicken.¹⁰

Wachstum und nehmen dafür die Welt in Beschlag und schaffen das politische wie wirtschaftliche Elend, dessen sich Menschen durch Flucht entziehen wollen. Für die EU Staaten sind diese Flüchtlinge eine für ihre Zwecke überflüssige Bevölkerung, die in den Herkunftsändern und erst Recht in Europa stört.

„Wir können ja nicht alle aufnehmen“

In der Debatte gibt es noch ein nicht behandeltes Argument: „Wir können ja nicht alle aufnehmen.“ Dieses Argument liegt fast allen oben bestimmten Debatten über Fluchtwege, Ankommen und Dableiben zu Grunde. Das „Argument“ ist in mehreren Hinsichten verlogen. Erstens: Wer ist denn dieses „Wir“? Regierungen beschließen, wer rein darf und wer nicht. Zweitens: Der Satz unterstellt, dass es (auch unabhängig von Flüchtlingen) in dieser Gesellschaft eine kooperative Absprache gäbe, wie man Menschen eine Lebensgrundlage sichern könnte. Die Lohnarbeitenden haben sich aber im Gegenteil nach der Konjunktur und dem Bedarf des Kapitals zu strecken. Nie ist es andersherum, dass die Bedürfnisse der Menschen zum Ausgangspunkt gemacht werden und dann gefragt wird: Wie sollten wir die Wirtschaft dafür einrichten. Die fehlende Kritik der kapitalistischen Ökonomie ist einer der Gründe, warum linksliberale Bürger selber immer wieder das Argument „man kann ja nicht alle aufnehmen“ implizit oder explizit mittragen. Sie mögen keinen Unterschied in der Frage machen, ob ihr Nachbar ein Deutscher oder ein Mensch ist, der sonst irgendwo her kommt. Sie mögen vollste Empathie mit den Geflüchteten haben. Dem „Argument“ - ja, geht das denn, wenn in den kommenden Jahren 5 Millionen Leute kommen - haben sie nichts entgegenzusetzen, weil auch sie sich dann in den Realismus des „können die Sozialsysteme, die auf den Beitrag(en) der Beschäftigten beruhen, das tragen?“ hineindenken.

Drittens ist mit der „Integration“ in erster Linie gar nicht das Arbeitnen und Wirtschaften gemeint, sondern die politische Forderung, dass die Leute hierzulande Deutschland gegenüber loyal zu sein haben. Hier hat die Politik prinzipiell einen deutlichen Vorbehalt gegenüber Ausländer*innen. Wirtschaftspolitisch wird dieser Vorbehalt bedingt relativiert, wenn z.B. Fachkräfte aus dem Ausland angeworben und ihnen ein Aufenthalt in Deutschland gewährt wird. Flüchtlinge dagegen sind Ausländer*innen, die kein*e Politiker*in bestellt hat. Selbst wenn unter ihnen Fachkräfte sind: Sie sind illegal gekommen und das ist erst mal ein deutliches Minus in Sachen Loyalität. Fachkräfte holen sich Staatenlenker*innen anders. Dass es nicht alleine um die Masse Menschen in Deutschland geht, sondern um solche, von der sich die Politik eine besondere Loyalität verspricht, zeigt sich daran, dass parallel zum „Boot ist voll“-Bild, das dauernde Gefämmer darüber besteht, dass „urdutsche“ Frauen zu wenig Kinder in die Welt setzen.

Die Betroffenen am 03.10.2013 waren nicht die 300-400 ertrunkenen Flüchtlinge. Der Betroffene war der Wertehimmel, mit dem sich das brutale Programm des nationalen Kapitalismus in Europa schmückt. Diesen Wertehimmel galt es zu flicken.¹⁰

[1] Unstichables Komitee. Der kommende Aufstand o.O., 2011, S. 87.
[2] <http://euromaidanberlin.wordpress.com/>



Geflüchtete im Hafen von Lampedusa

stitution, die materiell die Festung Europa an den Rändern mit ihrem Militärgerät herstellt und gerade den Grund für die waghalsigen Ver suche über das Mittelmeer abgeben, soll sich zukünftig verstärkt für die Seenotrettung einzusetzen.

II.3 Das Ankommen und Daableiben

Wer das Mittelmeer überlebt, erreicht Italien, Spanien, Griechenland oder Malta.

Im Zuge der Berichterstattung über die „Tragödie“ werden die Lebensbedingungen in den Auffanglagern geschildert. Wieder wird an individuellen Lebensberichten nicht gespart und im Grunde wird auch nichts beschönigt. Lauter traumatisierte Menschen sind auf engsten Raum zusammengepfercht und haben nicht einmal ein Dach über den Kopf.

Wie die Lage in den Lagern funktionalisiert wird

Die italienische Regierung beschönigt hier nichts, weil sie auf Grund dieser Sachlage mehr Geld und einen anderen Aufteilungsschlüssel für die angekommenen Flüchtlinge auf die Mitgliedsstaaten von der Europäischen Union verlangt. Das wird von Deutschland & Co. im Grunde abgelehnt. Italien bekomme genug und solle seinen Pflichten nachkommen. Dabei bezieht sich die deutsche Regierung auf Berichte, dass Italien den Aufwand für die Lager und die Flüchtlinge gar nicht betreiben will. Italien macht seinen eigenen Beitrag dafür, dass die Geflüchteten elende Bedingungen vor Ort haben und lässt sie gerne weiterfliehen - damit sie gen Norden ziehen. Das ärgert Deutschland.

Deutschland macht wiederum den Aufenthalt innerhalb seiner Staatsgrenzen so unangenehm wie möglich (Residenzpflicht, ebenfalls überfüllte Lager und sonstige Schikanen), damit ja kein Hoffnungssignal an weitere potentielle Flüchtlinge im Süden gemacht wird. Über die Aufenthaltsbedingungen der Flüchtlinge wird auf diese Weise die Kostenkonkurrenz für den gemeinsamen Asylzweck zwischen den europäischen Staaten ausgetragen.

Wie die Lage der Illegalen funktionalisiert wird

Viele Flüchtlinge wissen, dass auf dem legalen Wege in Europa nichts zu holen ist und versuchen sich als Illegale durchzuschlagen. In Gesellschaften, in denen die kapitalistische Produktionsweise herrscht, ist die Armut der lohnarbeitenden Klasse die dauerhafte Grundlage ihrer

Botmäßigkeit für das legale kapitalistische Geschäft. Illegale bieten da eine zusätzliche Notlage, die sich fürs Geschäft ausnutzen lässt. So waren und sind Illegale zum Beispiel in Spanien und Italien lange Zeit ein wichtiger Teil der dortigen Ökonomie. Das zeigt sich auch an der Meldung, die in den Medien kursierte, dass Illegale als Saisonkräfte auf spanischen Großplantagen arbeiten und das Pflanzenschutzgut aus Flugzeugen direkt auf die arbeitenden Kräfte abgeworfen wird. (Auch eine Art und Weise die Poren des Arbeitstages zu schließen, wenn es das Kapital nicht aushält, Menschen eine Pause machen zu lassen).⁶ Auch die miserablen Lebensbedingungen der Illegalen in Deutschland werden in der Presse nicht verschwiegen, wenn es auch nicht richtig erklärt wird. Im Spiegel vom 21.10.2013 wird ein illegaler, der sich am Strand von Hamburg auf einer Brache in einem Container ohne fließend Wasser durchschlägt, interviewt. Er sagt, er würde am liebsten zurück nach Afrika, weil dort die Situation doch besser war als jetzt in Deutschland (er kann aber nicht zurück, weil im Herkunftsland durch seine Familie Geld gesammelt wurde, damit er Deutschland erreicht und es wird dort erwartet, dass Geld zurückfließt).

Die elende „Lage“ der Flüchtlinge in Deutschland, die Deutschland selbst aktiv und bewusst mit herstellt, wird so zum Argument gemacht, sich verstärkt darum zu kümmern, dass sie Europa bzw. Deutschland gar nicht erst erreichen. Das sei dann ein Dienst an den Flüchtlingen und an Europa.

Teil III: Ein Fazit und warum die Politik wen nicht aufnehmen will

Das Resultat der Fluchtursachenanalyse:
Dafür haben die Toten bei Lampedusa gedient: Eine Debatte, in der sich die Öffentlichkeit darüber verständigt, dass die EU erstens mit der elenden Situation der Flüchtlinge eigentlich nichts zu tun hat, zweitens aber doch schon eine Menge tut, aber noch nicht genug, drittens dieses Tun nur im Sinne der Flüchtlinge ist, sowie im Sinne der EU. Alles Leid wird in einen Auftrag der Politik verwandelt.

Dagegen muss festgehalten werden:
Alles Leid wird in einen Auftrag der Politik verwandelt, die der Grund für dieses Leid ist. Die EU-Staaten wollen nationales kapitalistisches



Schwarz-rote Fahnen? Leider die Falschen. Rechter Sektor in Kiew mit den Emblemen der faschistischen OUN-UPA

Ostukraine an Russland wäre nicht in ihrem Interesse. Es sind Politiker von Janukowitsch, „Partei der Regionen“ und berüchtigte Oligarchen, die bei Protesten im Osten auf die territoriale Integrität der Ukraine pochen. Die Theorien darüber, dass hinter jeder größeren Bewegung Geheimdienste und fremde Mächte stecken, versagt dann, wenn die Bewegungen sich offensichtlich verselbstständigen. Der „Rechte Sektor“ weigert sich, die erarbeiteten Waffen abzugeben, „Separatisten“ im Osten weigern sich, Vereinbarungen zwischen Russland und dem Westen als für sich bindend zu akzeptieren. Solche „verselbstständigte Faktoren“ werden sowohl der EU, als auch Russland noch Sorgen bereiten, aber auch den versprengten Linken, die sich gegen „revolutionären“ und „konterrevolutionären“ Nationalismus wehren müssen.

Währenddessen rollt über die Ukraine eine Welle von Entlassungen im staatlichen Sektor und auf der, in die Russische Föderation wieder aufgenommen, Krim streiken vergeblich die Fahrer der Oberleitungsbusse, die seit drei Monaten kein Lohn mehr bekommen. Die „Unabhängige Gewerkschaft der Bergleute von Donezk“ fordert die Regierung zum härteren Durchgreifen gegen die Separatisten. Die ehemaligen Härten stehen noch bevor - wenn die Ukraine vom Staatsbankrott gerettet werden muss.

GRANDIOSO VERSAND

Über 200 Motive auf FairTrade-Shirts, Jacken, Hoodies, Longsleeves, Patches & Buttons...
Dazu viele Bücher, Zines, Zeitschriften, LPs, CDs, Tapes, Video, Aufkleber, Taschen, Rückwärtse, Streetwear und vieles mehr.
Ansetze



Ist das die Antifa? Bewaffnete, pro-russische Nationalisten in Luhansk.

Polizeiprovokateuren wurde nicht nur von rechten Schlägertrupps geführt, sondern es bildeten sich - ähnlich, wie während des „arabischen Frühlings“ - Einwohnermilizen, die ihre Stadtteile vor Provokateuren, aber auch vor Plünderern (die Polizei war nicht mehr präsent) schützen. Ja, Selbstmächtigung der Bevölkerung und Selbstorganisation sind mächtige Mittel - aber das muss nicht mit Anarchie oder überhaupt mit etwas Linkem zu tun haben. Die Einwohner, die ohne Polizei um die Uhr patrouillieren soll wieder die Polizei. Die Aufständischen wollten die Regierung stürzen und eine neue einsetzen. Die neue Regierung verspricht nicht viel mehr, als die Bereitschaft „mötige, aber lange verschobene“ Reformen in Angriff zu nehmen. Dass dies konkret bedeutet, dass für viele Ukrainer eine beheizte Wohnung im Winter unerschwinglich wird, das sagen inzwischen selbst die Maidan-Fans in westlichen Redaktionen offen. Die Oligarchen des Ostens, die man vor dem Machtwechsel als das Böse in Person darstellte, werden jetzt von der neuen Regierung offiziell in die politischen Ämter gehievt. Sehnlichster Wunsch dieser angeblich auch so „prorusischen“ Herren ist die Bewahrung der ukrainischen Souveränität und Einheit. Oligarchen sind sie schließlich geworden, indem sie eben den unabhängigen Staat für die Vermehrung ihres Kapitals benutzt. Der Anschluss der



Die Ukraine nach der „Revolution“

Kampf der Korruption – für eine faire kapitalistische Konkurrenz

★ Alexander Annytow

Welche Differenzen auch immer die Akteure der Krise trennen mögen, eine Sache wollen sie alle bekämpfen: die Korruption. Korruption verurteilen alle. Putin sagte bereits am 4. März, dass in der Ukraine ein Grad der Korruption herrscht „von dem wir in Russland nur träumen“.¹ Korruption war der verbreitetste Vorwurf der Maidan-Proteste gegen den gestürzten Präsidenten Janukowitsch. Die Korruption soll der Grund sein, warum seine Widersacher Timoschenko im Gefängnis landete. Seit 2004 wirft Timoschenko den Oligarchen ständig Korruption vor. Korruption, private Bereicherungen im Amt - alle sind dagegen, bloß weniger wird es nicht.

Auch Linke sind schnell mitempört, wenn sie von Korruption lesen oder hören. Dabei stellt niemand die Frage, um Verletzung welchen Ideals es eigentlich geht. „Korruption“ bedeutet Abweichung von den gesetzlichen Normen, nach denen der Staatsapparat nicht zur Befriedigung persönlicher Interessen dienen soll: Polizei und Steuerbehörden, Ministerien und Parlamente sollen nicht dafür da sein, sich zu bereichern. Was sie in der Gesellschaft gewährleisten sollen, ist das Funktionieren der rechtmäßigen Bereicherung: dass die Konkurrenz für alle nach den gleichen Regeln läuft, dass der Staat die Bedingungen für das Gelderdienst bereitstellt, aber nicht für eine der konkurrierenden Geschäftspartei ergreift. Kurz gesagt: der Staat soll Schiedsrichter, nicht Spieler auf dem ewiggrünen Fußballfeld der freien Marktwirtschaft sein: neutraler Staat, faire Konkurrenz.

Die Definition und Verfolgung von Tatbeständen der „Korruption“ gehört zu dem Grundsatz, dem die Regierungen in kapitalistischen Staaten sich verschreiben: der alleinigen Herrschaft des Rechts. Das Recht, das herrscht, dient diesem Grundsatz zufolge der richtig gebrauchten Freiheit und dem wohlverstandenen Eigeninteresse der Bürger. Deswegen und insofern sind sie eigentlich niemandem Untertan als eben der gewaltsamen gesetzlichen Anleitung zu ihrem eigenen Wohl. Offenbar sind die Freiheiten und Interessen, die das Rechtssystem des Staates so „hilfreich“ normiert, so, dass sie ohne gleichmäßige Unterwerfung unter die Regeln einer hoheitlichen Gewalt gar nicht koexistieren, geschweige denn kooperieren könnten, sondern einander ausschließen und zugrunde richten würden.

Nun funktioniert das alles in der Ukraine seit der Unabhängigkeit und Einführung des Marktes nicht so richtig. Weil die einzelnen Kapitalisten sehr schnell feststellten, dass der schnelle Weg zum Reichtum über den Staat führt, weil, anders als im Westen, an dem man Beispiel nehmen soll, gar keine funktionierende kapitalistische Ökonomie besteht. Die Betriebe der Sowjetzeit waren nicht für Konkurrenz auf dem freien Markt tauglich. Die Eigentumsverhältnisse waren nicht geklärt.

Die allseits verteuften „Oligarchen von Donezk“ haben, als der Unter-

Empörung, dass Gaddafi das Abkommen nicht mehr einhielt, als die EU Krieg gegen ihn gemacht hat. Er wollte die EU erpressen!

Auf jeden Fall gelten die gewünschten Abkommen als ein Mittel, „Tragödien“ wie Lampedusa zukünftig zu vermeiden. Die Leute würden das Mittelmeer gar nicht erreichen und was in den Flüchtlingscamps in Afrika los ist, wird schon kein Schwein interessieren, bzw. kann die EU ja nichts dafür, denn das liege ganz in der nationalen Verantwortung der afrikanischen Staaten.⁴

Zu wenig legale Wege
Um überhaupt an die europäische Grenze zu kommen, müssen die meisten Flüchtlinge über das Mittelmeer. Und da sie von keinen verfügbaren Schiffen mitgenommen werden dürfen, müssen sie es illegal mit den abenteuerlichsten Geräten versuchen. In diesem Zusammenhang kommt das Grenzregime von Europa deutlicher zur Sprache. Es gibt ein paar kritische Stimmen, die meinen, man müsse mehr legale Arten und Weisen etablieren, auf denen die Leute sicher nach Europa kommen können – das Gerät sei ja vorhanden, wo von nicht nur die modernen Frontex-Schiffe zeugen.

In der Mehrheit kontrollieren die Regierenden schlicht mit dem Argument: „Wir können nicht alle aufnehmen und wenn man mehr legale Wege eröffnet, dann macht man den Leuten nur falsche Hoffnungen auch bleiben zu dürfen“. Dieser Vorwurf wird dann in der Öffentlichkeit nicht gekontert mit: „Das ist Heuchelei, ihr wollt einfach was anderes“, sondern es wird gesagt: „Aber ihr seht doch, dass man Flüchtlinge praktisch nicht verhindern kann. Das bishergige System ist unpraktikabel“. Damit wird den Regierenden in ihrem politischen Willen, Flüchtlinge nicht haben zu wollen, Recht gegeben.

Vorerst ist mit dem Machtpruch der Regierenden alles entschieden. Es kann aber sogar sein, dass die Debatte in der politischen Elite weitergeht und dann doch irgendwann ein erweitertes Green- und Bluecard-System herauskommt. Das würde dann für passgenau Arbeitskräfte für die Nation und für den unerbittlichen Willen sorgen, die Unpassenden draußen zu halten.⁵

Schleuser*innen

Dass verzweifelte Leute selbst mit Schlauchbooten versuchen über das Mittelmeer zu kommen, ist das eine. Das sorgt aber nicht für 300-400 Tote auf einmal. Dafür braucht es schon größere Schiffe und die sind ohne Geld in der heutigen Welt nicht zu haben. Also kommt in der Debatte auch das große Thema Schlepper*innen auf. Einst Untergang der Tisch. Wo Leute in besonderer Not sind, lässt sich richtig Geld verdienen, das weiß jede*r anständige Unternehmer*in. Und wo das Geschäft illegal ist, lassen sich bei und wegen einem Risiko noch ordentliche Extragevinne machen. Kein Wunder, dass sich in Afrika genügend Leute finden, die mit den Flüchtlingen ein Geschäft machen. Und weil es ums Geschäft geht, ist es auch kein Wunder, dass die Sicherheit des Menschenlebens ein untergeordneter Gesichtspunkt ist, wenn z.B. die Boote mit so vielen Leuten wie möglich vollgestopft werden.

Mit diesen Geschäftsläden will die EU wiederum nichts zu tun haben – das sind Kriminelle, die irgendwo herkommen – schließlich hat man es verboten.

Nun ist klar, dass das Geschäft auf dem Verbot der EU beruht. Dass die Flüchtlinge so erpressbar sind, ist nicht die Tat der Schleuser*innen, sondern der Staaten, die ihre Grenzen schließen und bewachen. Dass die EU-Staaten samt NATO alle Welt aufs Geldverdienen verpflichtet, statt auf Bedürfnisbefriedigung, könnte einem als Grund einfallen, warum es solche Geschäftsmacher*innen gibt. Auch, dass die EU mit eher dürftigen legalen Geschäftsbedingungen am Südmittelmeer einiges am Hut hat, könnte den Unschuldsgedanken in Zweifel ziehen.

Auf den Kriminellen lässt sich herzlich herumtrampeln und ihre Gleichgültigkeit gegen Mensch und Leben herausstellen. Wieder ist ein Auftrag im Namen der Ertrunkenen kreiert: Europa muss den Schlepper*innen das Handwerk legen. Gut, dass die EU mit Euros schon geplant hatte, modernste Satellitentechnik einzusetzen, um das Mittelmeer lückenlos zu scannen. Das Überwachungssystem wurde dann auch eine Woche nach „Lampedusa“ ins Werk gesetzt. Wenn die verantwortlichen Politiker*innen das Bild von Schlepper*innen zeichnen, denen das Menschenleben egal ist, dann können sie auf tatsächlich Beispiele zurückgreifen. Diese Beispiele werden verallgemeinert, damit sich die EU dann in die Menschenretterpose schmeißen kann und sich so einen tollen moralischen Titel schafft, um das zu machen, was sie will: Hilfe für ungewünschte Flüchtlinge insgesamt zu unterbinden. Das trifft dann eben auch die Verwandten, Freund*innen oder sonstige Menschen, die schlicht die Flucht schon geschafft haben und versuchen, den Leuten dort, wo sie selber herkommen, Tipps zu geben, wie man es überhaupt nach Europa schaffen kann. Auch diese Netzwerke werden dann mit dem Titel Schlepper*in versehen und jede*r soll sie sich als gewissenlose Mörder*innen vorstellen.

Verbot von Seenotrettung

Im Zuge der 300-400 Toten kommen ein paar Besonderheiten ans Tageslicht. Es gibt glatt eine Strafe für Fischer*innen oder andere Schiffsbetreiber*innen im Mittelmeer, wenn sie illegale Flüchtlinge in Seenot an Bord nehmen. So die italienische Gesetzgebung. Die italienische Regierung hat den Aufschrei um Lampedusa als Gelegenheit entdeckt, ein wenig mehr Geld von der EU zu fordern und fördert deswegen den humanitären Aufschrei, der durch Europa geht, nach Kräften. Und zwar so, dass sie Deutschland der Gleichgültigkeit bezichtigt, weil es die ganzen angeblichen humanitären Aufgaben an Italien abwälzt.

Die deutsche Seite kontiert: Ha, von wegen Humanität, wenn man solche inhumanen Gesetze macht. Die deutsche Regierung selbst, da geht sie mit der deutschen Presse d'accord, könne natürlich nichts für solcherlei nationale Gesetze wie in Italien. Man habe sich auf europäischer Ebene geeinigt, dass diejenigen Länder für die Flüchtlinge zuständig sind, wo sie ankommen (Drittstaatenregelung, mit der sich Deutschland bei Beibehaltung des Asylzweckes, die Kosten und den Aufwand des Asyls einsparen will). Wie dann die jeweiligen nationalen Regierungen mit den geteilten Pflichten umgehen, das kann Deutschland natürlich nicht mitreden, weil es eben nationale Sachen sind. Deutschland bemüht sich hier derselben Argumentation wie anerkannte und ehrenwerte Großunternehmen, die nichts für das Gebaren ihrer Subunternehmen können.

Ansonsten lautet das Angebot der Stunde: Frontex, also diejenige In-

...and rob their houses

Zur Hausdurchsuchung bei Black Mosquito

★ anonym

Weniger ist die Sprache davon, dass eine verarbeitende Industrie aufgrund der Produktivkraftüberlegenheit der westlichen Firmen in vielen Teilen Afrikas von vorneherein keine Chance hat. Dass der Westen da auch nichts anbrennen lässt, wenn die Staaten verschuldet und vom IWF abhängig sind und von demselben aufgedrückt bekommen, hier keine kostspieligen nationalen Projekte voranzutreiben und gleichzeitig den freien Handel nicht zu beschränken. So wie die eigenen Subventionen von Lebensmitteln immer weiter gekürzt werden sollen, da der IWF sonst keine weiteren Kredite mehr vergibt. Der Export von Rohstoffen aber, produziert oder abgebaut von westlichen Firmen die eh keine Arbeitskraft vor Ort, dafür aber Landflächen brauchen und verbrauchen (siehe Shell im Niger-Delta), wird als einziger senkrechter nationaler Entwicklungsweg vorgeschrieben.

Mit Blick auf das ganze Elend fordern dann einige europäische Politiker*innen und Journalist*innen die Entwicklungshilfe auszuhauen, die noch nicht umfassend und ausreichend genug sei. Dafür braucht es vor Ort die richtige Regierung (siehe zwei und drei Abschnitte vorher) und so werden immer mehr Gelder der originären Entwicklungshilfe für polizeiliche und militärische Zwecke umfunktioniert. Aber auch abgesehen davon, sorgen Schulen vielleicht für mehr Leute, die Lesen und Schreiben können, die dann aber ökonomisch gar nicht gebraucht werden, weil eine nennenswerte Industrie vor Ort aufgrund der überlegenden Konkurrenz des Westens eh nicht entsteht. Zugleich sorgt der Westen dafür, dass der einzige vorgesehene Weg für eine Existenz das Geldverdienen bleibt.

II.2. Fluchtwge

Die Fluchtwge, vor allem durch die Sahara, sind hart und gefährlich, wobei überwiegend unterschlagen wird, dass es natürlich viel einfacher ist, die Macht zu gelangen und dabei nicht selten der Staatsapparat die einzige halbwegs funktionierende Erwerbsquelle in der Gesellschaft zu beschaffen, darüber haben wir anhand des Beispiels Mali geschrieben.³ Dort ist auch ausgeführt, worum es sich bei dem Anspruch „good governance“ handelt: Es soll so regiert werden, dass die Machtwchsel nicht zusätzlich die Staatsgewalt schwächen. An Staaten, aus deren Gesellschaft mit Notwendigkeit immer wieder der Drang entsteht gegen die aktuellen Machthaber*innen selber an die Macht zu gelangen und dabei nicht selten der Staatsapparat die einzige halbwegs funktionierende Erwerbsquelle in der Gesellschaft ist, wird der Anspruch gestellt: Machtwechsel ok., aber friedlich!

Es wird aber auch von Seiten europäischer Politiker*innen zur Sprache gebracht, dass äußere wirtschaftliche Interessen für schlechte wirtschaftliche Zustände vor Ort sorgen. Freilich wird auch das durch eine nationale Brille gefiltert: China betreibt „land grabbing“, kauft also vor Ort Land auf, sorgt für die entsprechende Infrastruktur, um dann dort erfolgreich Landwirtschaft zu machen – für die eigenen Zwecke. Böse. Es könnte einem daran auffallen, dass es nicht schwer wäre mit dem gegebenen Stand der Technik in Afrika eine ertragreiche Landwirtschaft zu betreiben – wenn man das für die Leute vor Ort machen wollte. Dieser Aufwand scheint aber zu hoch zu sein für das nationale Interesse an der Vermehrung des Geldreichtums, da scheinen Frontex und Erosur vergleichsweise bessere Nebenkosten zu sein.

Europa überflutet die dortigen Märkte mit subventionierten Lebensmitteln und untergräßt entsprechend die dortige Landwirtschaft, die ebenfalls aufs Geldverdienen angewiesen ist. Aus der deutschen Brillle wird dann gerne auf Spanien verwiesen, deren Fischereiwirtschaft sich Fangrechte entlang Nordwestafrika organisiert hat und damit den Fischer*innen in der Region die Fische weggehnappt.

...and rob their houses

Zur Hausdurchsuchung bei Black Mosquito

Am 12.03.2014 fand in Flensburg eine Hausdurchsuchung statt. Um 10:30 standen je ca. 5 Beamte des LKA / K5 (Staatschutz) vor den Türen des Wohnprojektes Senffabrik und den Büroräumen des anarchistischen Versandes black-mosquito. Durchsucht wurden nur die Büroräume. Im Beschluss wird gegen den angeblich verantwortlichen N. ermittelt. Vorwurf: „öffentliche Aufforderung zu Straftaten“. Konkret wurde nach einem Aufkleber mit dem Aufdruck „Follow the Cops back Home“ gesucht.

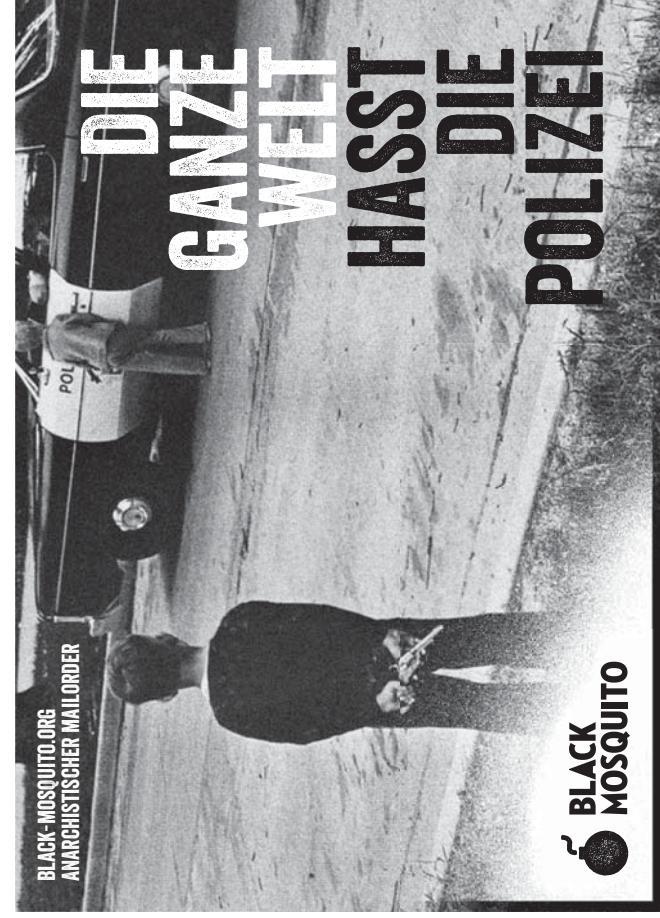
Während der Durchsuchung wurde allerdings scheinbar willkürlich alles eingezammelt, was den Beamten als kriminalisierungswürdig erschien. Beschlagnahmt wurden Aufkleber mit den Motiven: „Das Viertel bleibt dreckig“, „A.C.A.B. love antifa – hate cops“, „Heute zahl ich nichts...“, „Leben für Lau“, „Nazis klatschen“ und „Heute fahr ich schwarz...“. Außerdem Plakate mit dem Spruch „Stop Nazis Now“ wurden keine Kund_innendaten oder sonstigen Geschäftsumlagen mitgenommen!

Am Nachmittag demonstrierten spontan und wütend 60 Leute in Flensburg gegen die Hausdurchsuchung.

Was bisher geschah...

Ein Aufkleber erregt die Gemüter des Flensburger Staatschutzes. Darauf abgebildet ist eine kaputte Scheibe sowie der Spruch „Follow the cops back home“. Die Internetrecherche des eifrigen Polizeibeamten Stelling ergibt, dass es sich dabei um ein Zitat der Band Placebo handelt und diese mitnichten dem linksradikalen Spektrum zuzuordnen sei. Folglich sei das Zitat als solches auch kein Aufruf zu Straftaten,

schlussbericht, welche Aufkleber aus Staatschutzsicht noch alle zu kriminalisieren seien und dass neben der Privaträume doch vielleicht auch die Geschäftsräume in die Durchsuchung einbezogen werden sollten, schickt Herr Stelling sodann an die Staatsanwaltschaft. Diese selbst zuvor als potentiell verbiehbar eingestuftem Aufkleber mitzunehmen. Von den im Beschluss verfügt sodann, dass auch die Geschäftsräume durchsucht werden dürfen. Von weiteren Aufklebern ist im erneuerten Beschluss nicht anders zu erwarten war, segnen Staatsanwaltschaft und Gericht die Beschlagnahme aller anderen Aufkleber und der Computer im Nachhinein dennoch ab und erklären lapidar, was für das Motiv „follow the cops back home“ gelte, sei im Grunde übertragbar, weshalb sie sich eine Erklärung, worin hier nun eigentlich Aufrufe zu welchen Straftaten liegen sollen, gänzlich sparen. Erklärt wird nur, es werde zu Eigentums- und anderen Delikten aufgerufen.



Armut
Dass Leute vor Ort unter den erbärmlichsten wirtschaftlichen Bedingungen zureckkommen müssen, ist für die hiesigen Regierungen einerseits kein Grund, ihnen Zuflucht zu bieten. Anerkannt ist dieser Fluchtgrund andererseits in einer sehr eigenförmlichen Art und Weise. Er wird glatt als einer der Hauptgründe ausgemacht, warum sich Leute auf den Weg nach Europa machen.

Warum sind die Leute arm? Es gibt dort zum Beispiel Bürgerkriege, die jede vorhandene erbärmliche Lebensgrundlage oder kleine Entwicklungsgleich wieder kaputt machen. Gehe zwei Schritte im Text zurück. Den Regierungen vor Ort wird Korruption vorgeworfen. Anstatt eine Entwicklung für alle zu befördern, würden sie nur in ihre eigene Tasche wirtschaften. Da kann eine europäische Nation natürlich nur den Kopfschütteln und mehr Transparenz fordern, good governance, sprich gute Regieren, dafür sollen die Regimes vor Ort sorgen. Diese Forderung ist dann wieder ein guter Titel, das zu machen, was dem eigenen nationalen Interesse entspricht.

Warum Regierungen in Ländern, deren heimische Ökonomie kaum Ertrag einbringt, um den Staatsapparat zu unterhalten, die Tendenz haben, alle möglichen Geldmittel bei sich zu konzentrieren und sich dafür auch locker über selbst gemachte Gesetze hinwegsetzen; warum solche Regierungen Klientelpolitik machen, als einziger Weg, um sich wenigstens eine kleine lokale Gefolgschaft zu beschaffen, darüber haben wir anhand des Beispiels Mali geschrieben.³ Dort ist auch ausgeführt, worum es sich bei dem Anspruch „good governance“ handelt: Es soll so regiert werden, dass die Machtwchsel nicht zusätzlich die Staatsgewalt schwächen. An Staaten, aus deren Gesellschaft mit Notwendigkeit immer wieder der Drang entsteht gegen die aktuellen Machthaber*innen selber an die Macht zu gelangen und dabei nicht selten der Staatsapparat die einzige halbwegs funktionierende Erwerbsquelle in der Gesellschaft ist, wird der Anspruch gestellt: Machtwechsel ok., aber friedlich!

Es wird aber auch von Seiten europäischer Politiker*innen zur Sprache gebracht, dass äußere wirtschaftliche Interessen für schlechte wirtschaftliche Zustände vor Ort sorgen. Freilich wird auch das durch eine nationale Brille gefiltert: China betreibt „land grabbing“, kauft also vor Ort Land auf, sorgt für die entsprechende Infrastruktur, um dann dort erfolgreich Landwirtschaft zu machen – für die eigenen Zwecke. Böse. Es könnte einem daran auffallen, dass es nicht schwer wäre mit dem gegebenen Stand der Technik in Afrika eine ertragreiche Landwirtschaft zu betreiben – wenn man das für die Leute vor Ort machen wollte. Dieser Aufwand scheint aber zu hoch zu sein für das nationale Interesse an der Vermehrung des Geldreichtums, da scheinen Frontex und Erosur vergleichsweise bessere Nebenkosten zu sein.

Europa überflutet die dortigen Märkte mit subventionierten Lebensmitteln und untergräßt entsprechend die dortige Landwirtschaft, die ebenfalls aufs Geldverdienen angewiesen ist. Aus der deutschen Brillle wird dann gerne auf Spanien verwiesen, deren Fischereiwirtschaft sich Fangrechte entlang Nordwestafrika organisiert hat und damit den Fischer*innen in der Region die Fische weggehnappt.

**Ein Déjà-vu?**

Wer sich nun fragt, ob er _sie_ ein Déjà-vu hat, den _die_ können wir beruhigen: Nein, nein, dies ist nicht der erste Versuch, black-mosquito und damit einen anarchistischen und unbekümmerten Versand zu kriminalisieren. Der Staatschutz hatte bereits vor ein paar Jahren gesteigertes Interesse an Aufklebern gezeigt. Damals ging es um einen Aufkleber mit einem brennenden Polizeiauto, von dem ganze 18 Exemplare beim Beschuldigten gefunden wurden. Das diesbezüglich eingeleitete Verfahren endete mit einer Einstellung.

Warum das alles?

Unserer Einschätzung nach geht es nicht um Aufkleber. Wer glaubt schon wirklich, dass zwei Worte auf einem A7 großem Zettel eine „neue Straftat“ animieren würden? Sich vor Gericht über einzelne Motive, Sätze und Formulierungen streiten zu müssen, ist eine Verschleierung des eigentlichen Ziels der Repression. Angegriffen wird hier eine seit mittlerweile über 10 Jahren bestehende linksradikal-anarchistische Struktur, die trotz Repression stabil standhält. Die Aufkleber waren nichts als ein gefundenes Fresken, um mal wieder herumzustochern im der anarchistischen Szene (Flensburgs).

Die beschlagnahmten Aufkleber thematisieren neben aktivem Antifaschismus und dem Umgang mit der Polizei auch alltägliche Überlebenssprüchen im kapitalistischen Alltag wie Ladendiebstahl und Schwarzfahnen. Doch gerade eine Diskussion über Aktionen, die uns kollektiv gegen Nazis verteidigen können, die uns ein Stück weit vom Arbeitszwang befreien und dabei die Eigentumsverhältnisse kritisieren, machen eine lebendige Debatte aus.

Betroffen sind alle...

...gemeint ist: funktionieren, Fresse halten, nicht-rebellieren. Egal ob durch Hausdurchsuchungen bei Anarchist_innen, aktiven Antifaschist_innen, Ultras, Umweltschützer_innen oder bei Tierbefreier_innen, oder im Alltag: beim Kauen erwischen werden, Gefahrengebiete, ohne Ticket kontrolliert werden: jedes mal, wenn wir selbstbestimmt

für unsere Leben eintreten, stoßen wir irgendwann an eine Grenze, und diese ist die Polizei. Sie stellt allerdings nur die offensichtlichste Repression da: Wir alle kennen die ganzen anderen offiziellen repräsentativen Maßnahmen, vom Arbeitszwang im Jobcenter bis zur sogenannten Residenzpflicht.

Und nun...?

Das gegen N. eingeleitete Strafverfahren kann sich lange hinziehen und neben Zeit und Geld auch Nerven kosten- es hängt an uns, auch die Nerven von Justiz und Polizei zu strapazieren.

Wie wir black-mosquito kennen, werden sie sicherlich nicht damit auf hören, sich offen gegen Herrschaft zu wenden. Das gleiche erhoffen wir uns von allen anderen Betroffenen staatlicher Repression.

**Der Staat zeigt seine Zähne, sorgen wir für Zahnausfall.
Solidarität muss praktisch werden!****Weitere Infos**

Falls ihr die Sache unterstützen wollt und für mehr Infos geht auf:
followthecops.blogspot.de

Lampedusa

über die öffentliche Diskussion zur europäischen Flüchtlingspolitik

**Teil I: Die Form der Öffentlichkeit und ihr formeller Inhalt****Das bisherige Flüchtlingsabwehrregime ist überfordert**

Am 3. Oktober 2013 ertrinken mit einem Mal fast 400 Menschen bei dem Versuch nach Europa zu kommen. Die Presse, die europäischen Regierungen und der Papst sprechen von einer Tragödie, mancher sogar von einer Schande. Genauso wie die großen Hungerkatastrophen in Afrika alle paar Jahre mal die deutsche Öffentlichkeit kurzzeitig beschäftigen, ist dieses Massensterben eine Debatte (bzw. eine Runde an Statements) wert. Jedes Jahr sterben tausende Menschen bei dem Versuch übers Mittelmeer nach Europa zu kommen. Dass es ausgerechnet jetzt zu einer breiten Diskussion kommt, liegt daran, dass die bislang vorgesehenen Institutionen vor Ort mit der Bewältigung der vielen Toten und der traumatisierten Überlebenden überfordert sind. Dass die Bürgerkriege

Mit den ertrunkenen Flüchtlingen, die vorwiegend aus Eritrea und aus Somalia stammen, kommt das Thema Bürgerkriege auf den Tisch. Diese werden nach dem Motto „so ist das dort“ behandelt. Die EU-Länder hätten mit den Bürgerkriegen eigentlich nichts zu tun, bzw. nur insofern, als dass sie nicht genug getan hätten, um die Bürgerkriege zu beenden.

Als ob den EU-Ländern das Vermeiden von Bürgerkriegen ein Zweck an sich wäre. Als ob sie ihren Bezug auf Bürgerkriege nicht nach ihren nationalen Interessenslagen entscheiden würden. Das ist nicht der Fall.

Mal stacheln EU-Staaten Bürgerkriege an, weil ihnen die Regierung nicht passt, mal unterstützen sie Regierungen im Bürgerkrieg, weil sie ihnen passen und manchmal warten sie abwägend ab, was sich so interessantes für eine zukünftige Einmischung ergibt. Die „Verniedigung von Bürgerkriegen“ ist dabei ein guter Titel, um die nationalen Interessen dort mit allen Mitteln der Politik durchzusetzen; mit wirtschaftlicher Erpressung, der Unterstützung von Oppositionsgruppen oder deren Bekämpfung, manchmal auch mit Krieg.

Diktaturen
Es gibt Regierungen auf der Welt, die unliebsame Untertanen misshandeln (Welche eigentlich nicht?). Welche Regierung ihre Untertanen misshandelt, liegt dabei in der Interpretationshöheit der europäischen Regierungen. Eine der EU wohlgesonnene Regierung mag noch so viele Leute wegen ihrer politischen Absichten in den Knast stecken, sie gilt dann nicht als „Diktatur“.

Hier ist der ganze Sinn der Asylpolitik angesprochen: Staaten geben denjenigen Menschen Asyl, dessen Herkunftsländern sie einen Urrechtsstatus ans Bein binden wollen, um gegen sie bestimmte nationale Interessen durchzusetzen. Diesen Unrechtsstatus unterstreichen die europäischen Staaten, um so ihre Politik gegen diese Länder als Handeln im Sinne der Menschlichkeit, also eines dem nationalen Interesse übergeordneten weltweiten Wertesystems darzustellen.

Teil II: Ursachen, die unterstellen oder hervorgehoben Probleme und ihre Lösung

In der ersten Presseschau am Tag danach wird die europäische Flüchtlingspolitik hart ins Gericht genommen: Diese Toten hatten nicht sein müssen und es gebe sie nur, weil die Politik ihrer Verantwortung nicht nach gekommen sei. Fluchtursachen, Fluchtroute, Fluchtmittel, Ankunfts- und Aufenthaltsbedingungen, alles wird mit der Betonung herangezogen, da habe die Politik doch was mitzutun.² Welche Schlussfolgerungen daraus gezogen werden, darum soll es im Folgenden gehen.

II.1. Fluchtgründe – also die Situation in den Herkunftsländern**Das bisherige Flüchtlingsabwehrregime ist überfordert**

Am 3. Oktober 2013 ertrinken mit einem Mal fast 400 Menschen bei dem Versuch nach Europa zu kommen. Die Presse, die europäischen Regierungen und der Papst sprechen von einer Tragödie, mancher sogar von einer Schande. Genauso wie die großen Hungerkatastrophen in Afrika alle paar Jahre mal die deutsche Öffentlichkeit kurzzeitig beschäftigen, ist dieses Massensterben eine Debatte (bzw. eine Runde an Statements) wert. Jedes Jahr sterben tausende Menschen bei dem Versuch übers Mittelmeer nach Europa zu kommen. Dass es ausgerechnet jetzt zu einer breiten Diskussion kommt, liegt daran, dass die bislang vorgesehenen Institutionen vor Ort mit der Bewältigung der vielen Toten und der traumatisierten Überlebenden überfordert sind. Dass die Bürgerkriege

Mit den ertrunkenen Flüchtlingen, die vorwiegend aus Eritrea und aus Somalia stammen, kommt das Thema Bürgerkriege auf den Tisch. Diese werden nach dem Motto „so ist das dort“ behandelt. Die EU-Länder hätten mit den Bürgerkriegen eigentlich nichts zu tun, bzw. nur insofern, als dass sie nicht genug getan hätten, um die Bürgerkriege zu beenden.

Als ob den EU-Ländern das Vermeiden von Bürgerkriegen ein Zweck an sich wäre. Als ob sie ihren Bezug auf Bürgerkriege nicht nach ihren nationalen Interessenslagen entscheiden würden. Das ist nicht der Fall. Mal stacheln EU-Staaten Bürgerkriege an, weil ihnen die Regierung nicht passt, mal unterstützen sie Regierungen im Bürgerkrieg, weil sie ihnen passen und manchmal warten sie abwägend ab, was sich so interessantes für eine zukünftige Einmischung ergibt. Die „Verniedigung von Bürgerkriegen“ ist dabei ein guter Titel, um die nationalen Interessen dort mit allen Mitteln der Politik durchzusetzen; mit wirtschaftlicher Erpressung, der Unterstützung von Oppositionsgruppen oder deren Bekämpfung, manchmal auch mit Krieg.

graswurzel revolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft



www.graswurzel.net
„Die 'Graswurzelrevolution' lässt sich vom 'Siegeszug des Kapitalismus nicht beirren.'“
(Frankfurter Rundschau)

Anzeige

GAI DAO ABOENNIREN

3 Monate: 6.00€	7.50€	mind. 8.00€
6 Monate: 12.00€	15.00€	mind. 16.00€
12 Monate: 24.00€	30.00€	mind. 32.00€

Uppr: Preise i. Mennl. soll und mögl. Verzerrt!
Kontakt:
Be the media
Ktn.: 0000764986
BLZ: 83065408
Deutsche Skatbank
Für zwecks eines entsprechenden Verschreibens zugelassen
Info@44druck.ch (Schweiz)

Anzeige